

# Landtagsdebatte über das Notgesetz

Die Städte zu den Ausführungen des Herrn Finanzministers.

Vom Badischen Städteverband und Badischen Städtebund wird uns geschrieben: Der Herr Finanzminister hat in seiner Landtagsrede am Dienstag den 8. September 1931 ausgeführt, daß die Angriffe der Städte gegen das Notgesetz eigentlich nur zum Ziele hätten, die Anspannung der Gemeindegüter an die Schalter der Landesbeamten zu verhindern. Da die finanzwirtschaftliche Notwendigkeit des Notgesetzes heute nicht mehr bestritten werden könne, so hätten sich die Gegner früher den juristischen Angriffspunkten des Notgesetzes zugewandt.

Demgegenüber muß erneut mit aller Bestimmtheit betont werden, daß es den Städten bei ihren Vorstellungen gegen das Notgesetz keineswegs um die Durchföhrung des formalen Rechtsstandpunktes zu tun war, sondern daß sie in erster Linie die durch das Notgesetz vorgenommene einseitige Mehrbelastung der Gemeinden bekämpften, die das Land in einem Zeitpunkt vornahm, in dem die Gemeindefinanzen unter den Wolkfahrtslasten zusammenbrechen drohen. Die Behauptung des Herrn Finanzministers, daß eine solche Vorkenntnisnahme nicht eingetreten sei, steht mit den Tatsachen in einem unvereinbaren Widerspruch. Es ist und bleibt unrichtig, daß die Gemeinden durch die handelsrechtliche Sonderföhrung der Beamtengehälter und durch die Anspannung ihrer Föhrungsverhältnisse an die des Landes auch nur im Durchschnitt den Betrag gewinnen können, der zur Deckung des Lehrerbeitrages erforderlich ist. Der Lehrerbeitrag ist vom Lande auf 5,3 Millionen RM berechnet, während die Sonderföhrung der Beamtengehälter lediglich einen Erlörsparnis von 2,5 Millionen RM bringt. Die verbleibende Differenz von 2,8 Millionen RM kann aber durch die rigoroseste Kürzung der Bürgermeister- und Beamtengehälter nicht gewonnen werden. Tatsächlich trägt übrigens die Mehrbelastung der Gemeinden nicht nur 2,8 Millionen RM, sondern 4,23 Millionen RM, da auch noch der Föhrungsbeitrag des Landes von 600 000 RM und der Anteil der Ge-

meinden an den Reichsüberweilungssteuern von 580 000 RM u. schließlich auch die Kreisdotationen von 250 000 RM gefürzt worden sind.

Wenn der Herr Finanzminister erneut auf die Reichshilfe durch die Notverordnung vom 5. Juni 1931 verweist, so muß nochmals festgestellt werden, daß diese Mittel nach dem Willen des Reiches einen Zufluß zu den seit der Aufstellung der Gemeindevoranschläge für 1931 eingetretene Aufwandsersparnisse für die Wohlfahrtsverbände darstellen und deshalb unmöglich vom Lande als Gegenleistung für die neue Mehrbelastung der Gemeinden angerechnet werden können. Das Gleiche gilt auch von den im letzten Jahre den Gemeinden neu erschlossenen Einnahmequellen der Bier-, Getränke- und Bürgersteuer, ohne welche die immer mehr steigenden Föhrungsausgaben der Gemeinden überhaupt nicht hätten bestritten werden können. Man hätte sich doch vor Augen, daß die Aufwendungen der Gemeinden für die Erwerbslosen im Jahre 1928 bereits 120 Millionen RM betragen haben und 1929 auf 27,0 Millionen RM, 1930 auf 665 Millionen RM gestiegen sind und 1931 mindestens 1 Milliarde 40 Millionen RM betragen werden. Bei dem Lande ist andererseits eine ähnliche Ausgabensteigerung weder in der Wohlfahrtspläne noch auf irgendeinem anderen Verwaltungsgebiet eingetreten.

Ebenso unhaltbar sind auch die sonstigen Ausführungen des Herrn Finanzministers über den Finanzausgleich. Der Teiler 55 für die Berechnung der geschätzten Gehörsstellen wurde nicht erst nach der Inflation, sondern schon durch das Gesetz vom 23. März 1923 und zwar deshalb eingeführt, weil in den Landgemeinden praktisch nur auf 30 oder 40 Schüler ein vom Staat zu behebender Lehrer kam und man den Städten nicht zumuten konnte, daß sie alle diejenigen Lehrer als übergeschüssig bezahlten müßten, die sich bei einer Einrechnung der geschätzten Lehrstellen nach dem Teiler 70 ergaben,

die aber bei einer tatsächlichen durchschnittlichen Klassenstärke von etwa 40 Schülern erforderlich waren. (Vgl. hierzu Schmidt, Die Badische Volksschule, Seite 12) Es ist wohl zutreffend, daß die Aufhebung der RM 72 Millionen-Grenze bei der Verteilung der Reichsüberweilungssteuern durch das Finanzgesetz vom Jahre 1930 dem Lande heute einen Vorteil nicht mehr bringt, weil der Gesamtanteil des Landes weniger als 72 Millionen RM beträgt. Diese Verringerung des Finanzausgleiches brachte dem Lande aber im Jahre 1930 eine Besserstellung von mehr als 3 Millionen RM. Ueberdies wurde der Finanzausgleich nicht nur in den Jahren 1930 und 1931, sondern auch in den früheren Jahren bei jeder Gelegenheit geändert. In der Eingabe der Städte an den Landtag ist die wiederholte Verletzung des Verteilungsschlüssels bei den Reichsüberweilungssteuern und bei der Gebäudesondersteuer, Kraftfahrzeugsteuer, bei der Verteilung der Volksschulklassen, Föhrungsstellen und Straßenunterhaltungskosten im einzelnen eingehend dargelegt worden. Die von dem Herrn Finanzminister angeführte Reichsvorschrift der Realsteuerentlastung erging für die Gemeinden in gleicher Weise, wobei aber für die Städte ersparnisse ins Gewicht fiel, daß sie einen erheblichen Teil ihres Gebäudesondersteueraufkommens auch noch an die Landgemeinden abgeben mußten, um die Realsteuerentlastung in diesen Gemeinden zu ermöglichen.

Die Städte haben in ihrer Denkschrift vom 25. August 1931 eine Reihe von Vorschlägen für die Ausgleichung des Staatshaushaltes mit eigenen Mitteln gemacht. Der Herr Finanzminister ist der Auffassung, daß die vorgeschlagene Kürzung der Abzöhrungen beim Badenwert als Finanzhilfe für den Staat nicht in Frage komme. Es erübrigt sich deshalb, nochmals darauf hinzuweisen, daß in verschiedenen Städten die ohnehin niedrigen Mülagen der lächlichen Werke anlässlich der Zwangsenteilung durch die Staatsaufsichtsbehörde erheblich gekürzt worden sind. Wenn der Herr Finanzminister glaubt, sich weder diesem noch auch den anderen Vorschlägen der Städte für die Deckung des Föhrungsbeitrages im Staatshaushalte anzuschließen zu können, so

müssen die Städte jedenfalls nach wie vor es ablehnen, daß die Sanierung auf ihrem Rücken geschieht. Kein andere Band konnte sich zu einer solchen Mehrbelastung der Gemeinden im gegenwärtigen Zeitpunkt angeschlossen haben, da die dazugehörigen Föhrungsleistungen der Gemeinden jenseits des Landes Bayern hat seinen Föhrungsbeitrag von 28,6 Millionen RM gleichfalls ausschließlich durch eigene Maßnahmen, so durch eine Verdoppelung der Schlafsteuer und durch die Erhebung einer Miet- und Wohnungsabgabe gebildet.

Es kann nur wiederholt werden, was in der Eingabe an den Landtag bereits betont wurde, daß die Badische Regierung zwar ihr eigenes Sanierungsprogramm unter dem Motto „Keine Erhöhung der Landessteuern“ gestellt hat. Dafür sehen sich nun die Gemeinden vor der Notwendigkeit, das auf sie abgewälzte Landesdefizit durch weitere Anspannung der Gemeindefinanzen zu decken und damit das Odium dieser neuen Belastung vor der Bevölkerung zu tragen. Nachdem die Vorschläge der Gemeinden für das Rechnungsjahr 1931 nur unter größter Anstrengung verabschiedet werden konnten und in vielen Fällen durch die Staatsaufsichtsbehörden ausgeföhrt werden mußten, wird nun in sämtlichen 1500 Gemeinden des Landes und in ihre Haushalte erneut die Anordnung durch die Regierung von oben hineingetragen. Da eine Steigerung der Realsteuern gesetzlich verboten und eine solche der Taxe praktisch unmöglich ist, verbleibt neben schärfsten Ausgabenkürzungen nur eine weitere Erhöhung der, besonders scharf umkämpften Notverordnungsteuern mit all ihren unerträglichen Auswirkungen auf die Zusammenarbeit der Gemeindefinanzen und Bürgerpflicht. Aus diesem Grunde bedeutet das Vorgehen der Regierung einen schweren Schlag gegen die kommunale Selbstverwaltung. Können die Gemeinden die erneuten Schwierigkeiten nicht meistern, so werden die Stimmen über das Verlangen der Gemeindefürsprecher sofort wieder laut werden. Man wird daraus die Notwendigkeit weiterer Maßnahmen in der Richtung einer Eindämmung und schließlich gänzlichen Beseitigung der kommunalen Selbstverwaltung herleiten.

**Erhöhtlich Laphosphat Urogenital**  
**Bullrich-Salz** bei **Sodbrennen**  
 250gr. 0.60 Tabletten 0,25 in 50  
 Vertrieb U.S.A. Glagous, Chicago

vor sechs Uhr entzündete sie die Lichter. Dann nahm sie, um sich die Zeit zu vertreiben, ein Buch, legte sich an den Tisch, schloß das Kinn in die Hände und begann zu lesen. Plötzlich hörte sie Gerharts Schritte. Sie wollte sich erheben... ihm entgegengehen. Doch noch ehe sie dazu kam, ging die Tür auf!

Auf der Schwelle stand ein Mann in einem kurzen, künftlos genähten Schapitel, an den Föhren höchst orientalische Reistiefeln aus rotlich glänzendem weichen Leder, — auf dem Kopf eine zottige weiße Pelzmütze.

Anka tratte ihn wie eine Erscheinung aus einer längst verunkelten Traumwelt an. Dann jauchzte sie auf und warf sich, vor freudiger Erregung schlingend und am ganzen Leibe zitternd, in Gerharts Arme.

Der Baron hatte eine solche Wirkung seines lebenswichtigen Weihnachtseinfalles nicht vermutet. Fast besorgt, daß dieser Grad von Erregung Anka schaden könnte, streifte er gärtlich das an seiner Brust ruhende dunkle Lodenhaupt.

Da hoch Anka den unter Tränen leuchtenden Blick zu ihm und sagte mit zitternden Lippen:

„Nun bist du doch gekommen, deine Braut zu holen! — Und nun... werden wir... Mann und Frau! — Nicht wahr, Gerhart?“

ten die beiden länger in Nizza zurückgehalten waren. Durch die Zeitung hatte Anka schon irgend eine dunkle Winkel-Agentur ausfindig gemacht, die er aussuchte. Der Agent war ein Spanier, der sich zur Uebernahme eines jeden Auftrages bereit erklärte; er räumte sich größter Verschwiegenheit, Verschwiegenheit und der Kenntnis vieler Sprachen. Anka schloß, daß diesem Herrn Adam die nötigen Anweisungen, sagte ihm hundert Francs und versprach ihm weit mehr, falls er seine Sache gut mache.

Adam machte sich sofort auf den Weg zum Hotel, wo er sich lauern umhertrie. Ohne jemanden nach dem Paar zu fragen, hatte er es, nach der Beschreibung des Kuffen, schon gegen Mittag ausfindig gemacht. — Gegen drei Uhr nachmittags verließ der Baron allein das Hotel. Adam, der elegant gekleidet war, hatte Anka bald im Besonderen entdeckt. Er trat unauffällig auf sie zu und rebete sie in ziemlich geläufigem Deutsch an.

„Verzeihen Sie, gnädige Frau, aber ich muß Sie, in Ihrem eigenen Interesse, dringend sprechen. Ich möchte Ihnen Herrn Gemach warnen, in den nächsten Tagen Nizza zu verlassen. Er wird beobachtet, und es könnte ihm passieren, daß er bei dem Versuch, die Stadt zu verlassen, die bekanntlich französische Festung ist, verhaftet würde.“

„Ja, um Gottes willen, weshalb denn? Und wer sind Sie überhaupt?“

„Auf beide Fragen kann ich Ihnen keine Antwort geben, gnädige Frau. Ich könnte mir dadurch schwere Unannehmlichkeiten machen; ich bin nämlich, wie Sie wohl an meiner Sprache hören, kein Franzose.“

„Aber Sie müssen mir doch irgendeine Erklärung geben!“ drängte Anka erregt.

„Nur die, gnädige Frau, daß ich es gut mit Ihnen meine.“

„Schon gestern nachmittag hat sich ein unbekannter Herr beim Portier nach uns erkundigt.“

ein noch größere Anziehungskraft. Noch mehr als früher war das herrliche Antlitz ganz aus dem großen dunklen märchenhaften jähönen Augen beherrscht. —

Anka schloß, die beiden fürs erste nicht wieder aus den Augen zu lassen. Sie immer mit der Zeitung bedend, begabte er, um jeden Augenblick zum Aufbruch bereit zu sein. Endlich erhoben sich die beiden und der Kuffe folgte ihnen vorsichtig. Schon nach wenigen Minuten betraten sie ein großes Hotel. Sie tritten, wie Anka wissen durch die Gläser beobachtet, am Portier vorbei und die breite Treppe hinauf. Ohne Jögern trat der Kuffe ein, gab dem Portier ein hohes Trinkgeld und fragte: „Wohin die Herrschaften, die eben das Hotel betreten, hier? Ich meine der blonde hohe Herr und die junge dunkelhaarige Dame?“

„Gewiß, Sie sind heute Mittag angekommen, — von San Remo.“

„Wissen Sie, wie lange sie hier bleiben wollen?“

„Nur für zwei Tage haben sie Zimmer verlangt. Sie wollen sich wohl Nizza nur mal ansehen.“

„Der Herr heißt Baron von Körring, nicht wahr?“

„Ja, wohl, mein Herr.“

„Und die Dame?“

„Es ist seine Gattin, die Frau Baronin.“

„Ah, so — gewiß!“ Anka schloß sich Mühe geben, sein Erschaunen nicht zu verrieten. Er dankte und verließ das Hotel. — Draußen fiel ihm ein, daß er dem Portier hätte verbieten sollen, dem Baron etwas von dieser Erkundigung zu erzählen. Aber dann dachte er, daß es wohl so besser sei, denn der Portier würde es dann wohl erst recht erzählen.

Nach am gleichen Abend herrschte der Portier dem Baron von der Anfrage. Aber als Körring näheres wissen wollte, dachte der Mann, es sei dem fremden jungen Trinkgeldhahler gegenüber Vorzicht am Platze. Und so sagte er nur: „Es war ein alterer grauhaariger Herr. Mehr kann ich nicht sagen. Ich habe natürlich keinerlei Auskunft gegeben.“

Am folgenden Morgen hatte Anka seinen Plan längst fertig. Vor allem muß-

mar Anka sie zur Zentralbehörde nach St. Petersburg berufen worden. Er war nun ein noch mächtigerer Mann, als er schon in Nizza gewesen, und bekam ein Gehalt, das ihm erlaubte, seinen Urlaub, wie viele wohlhabende Russen, in Nizza zu verbringen.

Es war an einem warmen, fast sommerlichen Märztag. Anka war fast vor einem der großen Cafes an der Promenade des Anglais, und war schon seit geraumer Zeit in die Welt der russischen Zeitung versenkt. Als er endlich das Blatt keltete legte und sich mit der müßigen Betrachtung seiner Umgebung hingab, bemerkte er, einige Tische von ihm entfernt, einen Herrn, dessen Gesicht ihm bekannt vorkam. Aber schon im nächsten Augenblick riß er das Zeitungsbild wieder vors Gesicht: dieser Herr da — zum Teufel! — das war doch der Baron von Körring! Welch sonderbarer Zufall, daß er ihn hier in Nizza wieder sah! Wahrscheinlich sucht er hier Erholung von den Folgen seiner Gefangenhaft, die durch Begnadigung abgekürzt die russische Regierung leider schonach genug gewesen war!

Vorsichtig lugte Anka hinter seinem Blatt hervor, betrachtete den Baron nochmals genau und dann die Dame, mit der Körring in einem leichten Gespräch begriffen war. Und wieder stuchte der Kuffe: Sa, sah er denn recht? War diese junge Person nicht...? Sa, wahrhaftig! Kein Zweifel: es war das Mädchen, jene Anka, die zu seiner größten Verwunderung damals im Sommer die ihr durch das tüchtige Protokoll untergeschobenen Auslagen voll und ganz beträftigt und so für Körrings Verurteilung den Ausschlag gegeben hatte! Und nun sah der Baron wieder friedlich mit ihr zusammen!

Nach erwachte wieder Anka's alle Begehrtheit nach dem schönen Mädchen. Sie sah ihn, dem für Eleganz schwärmenden Russen, in dieser neuen Aufmachung, wie er nie in Nizza gesehen hatte, reizvoller denn je. Gewiß, sie hatte sich verändert: sie war blässer und schmäler als früher. Der indische Ausdruck ihres Gesichtes war einem reiferen, fast lebenden Zug gewichen. Aber auch das verliebte ihr, so empfand Anka sie

banische Volkstänzer in Washington Drestes Ferrara, der sich mit der Weltwirtschaftliche beschäftigte und für diese nicht so sehr den Kapitalismus, als in den Grundrissen des Kapitalismus zuwiderlaufenden Interventionen der Politik der Regierungen verantwortlich machte, sowie der Gesandte des russischen Freistaates in Berlin, Prof. Binsch, der eine wohl durchdachte, treffend formulierte Analyse der grundsätzlichen Aufgaben des Völkerverbundes gab.

Am Schluß der Sitzung teilte der Präsident mit, daß der Antrag der nordischen Staaten bezüglich der Rüstungspause auf die Tagesordnung der Verammlung gesetzt und dem dritten Ausschuß überwiehen werde.

Die Arbeitsschüsse der Verammlung werden, nachdem sie Anfang dieser Woche konstituiert wurden, bereits heute nachmittag ihre sachlichen Beratungen aufnehmen. Der Völkerverbund wird am Montag vormittag die letzte Sitzung seiner 23. Tagung abhalten, während am Montag nachmittag in seiner Nachmittagsagung wurde die allgemeine Aussprache, die diesmal nur fünf Tage dauerte, beendet. Es sprachen der tu-

nes Landes für die vom englischen Delegierten angeregte Reform der Wahlen zum Völkerverbund. Der belgische Außenminister empfahl den Plan des belgischen Finanzfachverständigen Francaut für die Schaffung eines Systems lang- und mittelfristiger Kredite der Völkerverbundes angelehrt werden, sie sei eine Konferenz entschieden werden müsse. Nicht allen bisher geäußerten Gedanken in dieser Frage konnte er zustimmen. Er begrüßte die Ausführungen Granbis, die die friedliche Streitfähigkeit als entscheidendes Mittel zur Erhöhung der Sicherheit bezeichneten. Alle Bemerkungen um die endgültige und uneingeschränkte Beseitigung des Krieges würden fruchtbar sein, solange nicht das System der friedlichen Streitfähigkeit zum Völkerverbunde so ausgebaut ist, daß auch für die schwersten politischen Interessengegenstände eine gerechte und billige Regelung gewährleistet ist. Die Schaffung des Völkerverbundes könne nur einer nationalen Sicherheit für alle Bundesmitglieder. Die von ihm vorgeschlagene wirtschaftliche Annäherung könne nur im Einvernehmen mit den außereuropäischen Ländern erfolgen und müsse zu einer gemäßigteren Politik führen. Der Gedanke des wirtschaftlichen Zusammenstufes müsse unverzüglich Wirklichkeit werden. Das Ergebnis dieser Besprechungen werde ein Prüftest dafür sein, wie weit heute in Europa der Wille zu großzügiger praktischer Zusammenarbeit wirklich vorhanden sei. Ein solcher Prüftest lie auch die Frage der Zollpräferenzen für Getreide, Salz, internationale Kooperation könne wirkliche Hilfe bringen.

Schlüssig die finanziellen Probleme erklärte Dr. Curtius, nach eingehender Prüfung der Gründe für die vorhandene Krise, daß die Zahlung politischer Schulden durch Drohung der Einbuße und gesteigerte Ausußer der Schuldveränder nicht nur für diese, sondern auch für die gesamte Weltwirtschaft die verberberlichen Folgen habe. Eine Beseitigung dieser Lasten habe ja der Basler Sachverständigenbericht mit aller Deutlichkeit betont, ebenso hätten verschiedene Vordreher mit aller Deutlichkeit betont, daß das Problem der internationalen politischen Beziehungen eine Gesamtlösung im allgemeinen Interesse erfordere. Auch hier könne nur internationale Zusammenarbeit zum Erfolge führen.

Die deutsche Regierung lie vor den ersten Maßnahmen und Eingriffen nicht zurückgeblieben, jetzt müsse durch internationale Zusammenarbeit das Problem entschlossen in Angriff genommen werden.

Wenn auch dieses Problem den unmittelbaren Regierungen überlassen werden müsse, so habe der Völkerverbund doch eine Reihe von Projekten tatkräftig zu fördern. Voraussetzungen lie die Wiederherstellung des gegenseitigen Vertrauens in den internationalen Beziehungen. Der Völkerverbund müsse dafür sorgen, daß die für die Wiederherstellung des Vertrauens bedingten Grundbedingnisse wirksam zur Geltung kommen. Eines Vertrauens lie ein gegenseitiges Verhältnis und Vertrauen zwischen den Völkern könne sich nur bilden, wenn der gegenseitigen Interessen und Hoffnungen. Die Grundbedingnisse dürfe auch durch die schlimmste materielle Schwierigkeiten nicht im den Preis nach größerer Schwierigkeiten in der Zukunft erlaßt werden. In den politischen Beziehungen müßten die Grundbedingnisse der Gleichheit und Gleichberechtigung gemacht werden. Der Garant dieser Grundbedingnisse lie der Völkerverbund. Die deutsche Regierung werde es nicht daran fehlen lassen, zu einer internationalen Zusammenarbeit mit allen Kräften bei-

tragen. In dieser Linie lägen die Besuche in Chequers, Paris, London und Rom. In diesem Sinne begrüße er auch den bevorstehenden Besuch der französischen Staatsmänner in Berlin.

Schlüssig die Abrüstungsfrage verwies Reichsminister Dr. Curtius auf die Schaffung des Völkerverbundes, die der Welt die Abrüstung verleihe. Sie müsse als Hauptaufgabe des Völkerverbundes angesehen werden, sie sei eine Konferenz entschieden werden müsse. Nicht allen bisher geäußerten Gedanken in dieser Frage konnte er zustimmen. Er begrüßte die Ausführungen Granbis, die die friedliche Streitfähigkeit als entscheidendes Mittel zur Erhöhung der Sicherheit bezeichneten. Alle Bemerkungen um die endgültige und uneingeschränkte Beseitigung des Krieges würden fruchtbar sein, solange nicht das System der friedlichen Streitfähigkeit zum Völkerverbunde so ausgebaut ist, daß auch für die schwersten politischen Interessengegenstände eine gerechte und billige Regelung gewährleistet ist. Die Schaffung des Völkerverbundes könne nur einer nationalen Sicherheit für alle Bundesmitglieder. Die von ihm vorgeschlagene wirtschaftliche Annäherung könne nur im Einvernehmen mit den außereuropäischen Ländern erfolgen und müsse zu einer gemäßigteren Politik führen. Der Gedanke des wirtschaftlichen Zusammenstufes müsse unverzüglich Wirklichkeit werden. Das Ergebnis dieser Besprechungen werde ein Prüftest dafür sein, wie weit heute in Europa der Wille zu großzügiger praktischer Zusammenarbeit wirklich vorhanden sei. Ein solcher Prüftest lie auch die Frage der Zollpräferenzen für Getreide, Salz, internationale Kooperation könne wirkliche Hilfe bringen.

Schlüssig die finanziellen Probleme erklärte Dr. Curtius, nach eingehender Prüfung der Gründe für die vorhandene Krise, daß die Zahlung politischer Schulden durch Drohung der Einbuße und gesteigerte Ausußer der Schuldveränder nicht nur für diese, sondern auch für die gesamte Weltwirtschaft die verberberlichen Folgen habe. Eine Beseitigung dieser Lasten habe ja der Basler Sachverständigenbericht mit aller Deutlichkeit betont, ebenso hätten verschiedene Vordreher mit aller Deutlichkeit betont, daß das Problem der internationalen politischen Beziehungen eine Gesamtlösung im allgemeinen Interesse erfordere. Auch hier könne nur internationale Zusammenarbeit zum Erfolge führen.

Die deutsche Regierung lie vor den ersten Maßnahmen und Eingriffen nicht zurückgeblieben, jetzt müsse durch internationale Zusammenarbeit das Problem entschlossen in Angriff genommen werden.

Wenn auch dieses Problem den unmittelbaren Regierungen überlassen werden müsse, so habe der Völkerverbund doch eine Reihe von Projekten tatkräftig zu fördern. Voraussetzungen lie die Wiederherstellung des gegenseitigen Vertrauens in den internationalen Beziehungen. Der Völkerverbund müsse dafür sorgen, daß die für die Wiederherstellung des Vertrauens bedingten Grundbedingnisse wirksam zur Geltung kommen. Eines Vertrauens lie ein gegenseitiges Verhältnis und Vertrauen zwischen den Völkern könne sich nur bilden, wenn der gegenseitigen Interessen und Hoffnungen. Die Grundbedingnisse dürfe auch durch die schlimmste materielle Schwierigkeiten nicht im den Preis nach größerer Schwierigkeiten in der Zukunft erlaßt werden. In den politischen Beziehungen müßten die Grundbedingnisse der Gleichheit und Gleichberechtigung gemacht werden. Der Garant dieser Grundbedingnisse lie der Völkerverbund. Die deutsche Regierung werde es nicht daran fehlen lassen, zu einer internationalen Zusammenarbeit mit allen Kräften bei-

# Breisgauer Nachrichten

Er erscheint täglich mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen  
 Bezugspreis: monatlich frei Haus RM 2.—  
 Emmendinger Zeitung  
 Verkündigungsblatt der Stadt Emmendingen  
 Beilagen: „Ratgeber des Landmanns“ und „Breisgauer Sonntagsblatt“. Verbreitet in den Amtsbezirken Emmendingen (Reiningen), Breisbach, Eutenheim, Waldkirch und am Kaiserstuhl  
 Telegramm-Adresse: Döler, Emmendingen / Fernsprecher: Emmendingen 303, Freiburg 1392 / Geschäftsstelle: Karlriedrichstraße 11 / Postfach-Konto Nr. 7392 Amt Karlsruhe  
 Nr. 213  
 Emmendingen, Montag, 14. September 1931  
 66. Jahrgang

## Eindrucksvolle Curtius-Rede vor dem Völkerverbund

Darstellung der wirtschaftlichen Notlage Deutschlands — Scharfe Stellungnahme zum Abrüstungsproblem

BRN, Genf, 12. Sept. In der heutigen Sitzung des Völkerverbundesversammlung erklärte Reichsaussenminister Dr. Curtius u. a., die Völkerverbund der ganzen Welt bieten nach Genf und wollen wissen, ob die in Genf verammelten Staatsmänner instande seien, eine Lösung des Not zu finden oder wenigstens vorzubereiten, ob eine berechtigte Forderung gegeben werden könne, daß in der bevorstehenden Konferenz die Abrüstungsfrage der Völkerverbund als greifbaren Ergebnis komme. Es erhebe sich die erste Frage, ob die diesjährigen Ergebnisse der Völkerverbundsarbeit den dringlichen Forderungen der Gegenwart auch nur einigermaßen gerecht werden. Reiner der Vordreher habe diese Frage zu bejahen gemagt, die Verammlung lie sich wohl einig darüber, daß alles Mögliche tun zu tun ließe.

Dr. Curtius sprach sodann eingehend über die Verbleiben des europäischen Studienkomitees. Die von ihm vorgeschlagene wirtschaftliche Annäherung könne nur im Einvernehmen mit den außereuropäischen Ländern erfolgen und müsse zu einer gemäßigteren Politik führen. Der Gedanke des wirtschaftlichen Zusammenstufes müsse unverzüglich Wirklichkeit werden. Das Ergebnis dieser Besprechungen werde ein Prüftest dafür sein, wie weit heute in Europa der Wille zu großzügiger praktischer Zusammenarbeit wirklich vorhanden sei. Ein solcher Prüftest lie auch die Frage der Zollpräferenzen für Getreide, Salz, internationale Kooperation könne wirkliche Hilfe bringen.

Die deutsche Regierung lie vor den ersten Maßnahmen und Eingriffen nicht zurückgeblieben, jetzt müsse durch internationale Zusammenarbeit das Problem entschlossen in Angriff genommen werden.

Wenn auch dieses Problem den unmittelbaren Regierungen überlassen werden müsse, so habe der Völkerverbund doch eine Reihe von Projekten tatkräftig zu fördern. Voraussetzungen lie die Wiederherstellung des gegenseitigen Vertrauens in den internationalen Beziehungen. Der Völkerverbund müsse dafür sorgen, daß die für die Wiederherstellung des Vertrauens bedingten Grundbedingnisse wirksam zur Geltung kommen. Eines Vertrauens lie ein gegenseitiges Verhältnis und Vertrauen zwischen den Völkern könne sich nur bilden, wenn der gegenseitigen Interessen und Hoffnungen. Die Grundbedingnisse dürfe auch durch die schlimmste materielle Schwierigkeiten nicht im den Preis nach größerer Schwierigkeiten in der Zukunft erlaßt werden. In den politischen Beziehungen müßten die Grundbedingnisse der Gleichheit und Gleichberechtigung gemacht werden. Der Garant dieser Grundbedingnisse lie der Völkerverbund. Die deutsche Regierung werde es nicht daran fehlen lassen, zu einer internationalen Zusammenarbeit mit allen Kräften bei-

Das Urteil über die Curtius-Rede

BRN, Genf, 12. Sept. Die Rede Dr. Curtius, der von der Verammlung mit großem Beifall begrüßt wurde, hat hier einen ausgezeichneten Eindruck gemacht. Dr. Curtius hat die Probleme zweier Ordnung zurückgefordert und in den Mittelpunkt seiner Darlegungen die wirtschaftliche Notlage und das Abrüstungsproblem gerückt, zumal die Mindestfragen in der politischen Kommission eingehend behandelt werden wird. Dr. Curtius hat in die Lobeshymnen über die praktische Tätigkeit des Völkerverbundes nicht eingehend, sondern wiederholt Warnungen erhoben, und diese Warnungen über das Schicksal des Völkerverbundes haben den stärksten Eindruck gemacht, zumal seine Ausführungen eine positive Einstellung zum Völkerverbundsgeanken deutlich erkennen ließen.

Im wirtschaftspolitischen Teil seiner Ausführungen hat Dr. Curtius das ausgeprochen, was man eigentlich von Brand hätte erwarten müssen, daß nur eine wirkliche internationale Kooperation imstande lie, wirkliche Hilfe zu leisten. Er konnte sich auf das Zeugnis der Basler Sachverständigen berufen. Sehr günstig gewirkt hat es in hiesigen amerikanischen Kreisen, daß der deutsche Vertreter in diesem Zusammenhang die Reparationsfrage in den Gesamtkomplex des politischen Schuldenproblems gerückt hat.

Angesichts des bevorstehenden Berliner Besuchs der französischen Minister hat es deutsche Vertreter noch einmal stark hervorzuheben, daß es ein Vertrauen ein gegenseitiges Verhältnis lie.

Die Ausführungen des Ministers über die Abrüstungsfrage schenkte man besondere Aufmerksamkeit, wenn auch in der Völkerverbundsversammlung der deutsche Standpunkt seit langem bekannt war. Klar und unabweisbar waren die Erklärungen über die log. Sicherheit auf das Niedrigste mit der Sicherheit erträgliche Maß zu erfolgen habe. Gegenüber den gezeigten Ausführungen des französischen Vertreters mußte mit aller Deutlichkeit wieder gelangt werden, daß die Aufgabe der Abrüstungskonferenz eine starke wirksame Herabsetzung der Rüstungen ist und nicht etwa Verhandlungen über neue zulässige politische Sicherheiten in Form des sog. Centre Protocolles. Einverständnis und einmütige Zustimmung der deutschen Vertreter der Reichsantrag Deutschlands erneut vorgebracht und scharf die Beseitigung einer Art von Zweiklassenbau in der Abrüstung gebordert.

BRN, Genf, 12. Sept. In der heutigen Sitzung des Völkerverbundesversammlung erklärte Reichsaussenminister Dr. Curtius u. a., die Völkerverbund der ganzen Welt bieten nach Genf und wollen wissen, ob die in Genf verammelten Staatsmänner instande seien, eine Lösung des Not zu finden oder wenigstens vorzubereiten, ob eine berechtigte Forderung gegeben werden könne, daß in der bevorstehenden Konferenz die Abrüstungsfrage der Völkerverbund als greifbaren Ergebnis komme. Es erhebe sich die erste Frage, ob die diesjährigen Ergebnisse der Völkerverbundsarbeit den dringlichen Forderungen der Gegenwart auch nur einigermaßen gerecht werden. Reiner der Vordreher habe diese Frage zu bejahen gemagt, die Verammlung lie sich wohl einig darüber, daß alles Mögliche tun zu tun ließe.

BRN, Genf, 12. Sept. Die Rede Dr. Curtius, der von der Verammlung mit großem Beifall begrüßt wurde, hat hier einen ausgezeichneten Eindruck gemacht. Dr. Curtius hat die Probleme zweier Ordnung zurückgefordert und in den Mittelpunkt seiner Darlegungen die wirtschaftliche Notlage und das Abrüstungsproblem gerückt, zumal die Mindestfragen in der politischen Kommission eingehend behandelt werden wird. Dr. Curtius hat in die Lobeshymnen über die praktische Tätigkeit des Völkerverbundes nicht eingehend, sondern wiederholt Warnungen erhoben, und diese Warnungen über das Schicksal des Völkerverbundes haben den stärksten Eindruck gemacht, zumal seine Ausführungen eine positive Einstellung zum Völkerverbundsgeanken deutlich erkennen ließen.

Die Pariser Presse zur Rede des Außenministers.

BRN, Paris, 13. Sept. Die hiesige Morgenpresse nimmt die Rede des Reichsaussenministers in Genf ungünstig auf. Ihr Journal, Courne industrielle und People laur teilweise dem deutschen Standpunkt mehr Gerechtigkeit widerfahren. Eine ganze Anzahl Blätter unterstellen, daß sich Curtius bei seiner Rede von innerpolitischen Rücksichten auf seine Stellung im Kabinett Brüning habe leiten lassen. Allgemein bezweifelt man die Rede als einen für den französischen Ministerbesuch in Berlin nicht geeigneten Auftakt. Manche Blätter betonen außerdem scharf, daß in demselben Augenblick, in dem die Reichsregierung durch den deutschen Geschäftsträger in Paris die Einladung zum Wocheneinde überbringen ließ, der Reichsaussenminister in Genf sein Programm der deutschen Forderungen „entwickelt. Fast alle Blätter haben wie auf ein Stichwort in der er über die Haltung der ausländischen Gläubiger gegenüber Deutschland spricht.

BRN, Genf, 12. Sept. In der heutigen Sitzung des Völkerverbundesversammlung erklärte Reichsaussenminister Dr. Curtius u. a., die Völkerverbund der ganzen Welt bieten nach Genf und wollen wissen, ob die in Genf verammelten Staatsmänner instande seien, eine Lösung des Not zu finden oder wenigstens vorzubereiten, ob eine berechtigte Forderung gegeben werden könne, daß in der bevorstehenden Konferenz die Abrüstungsfrage der Völkerverbund als greifbaren Ergebnis komme. Es erhebe sich die erste Frage, ob die diesjährigen Ergebnisse der Völkerverbundsarbeit den dringlichen Forderungen der Gegenwart auch nur einigermaßen gerecht werden. Reiner der Vordreher habe diese Frage zu bejahen gemagt, die Verammlung lie sich wohl einig darüber, daß alles Mögliche tun zu tun ließe.

BRN, Genf, 12. Sept. Die Rede Dr. Curtius, der von der Verammlung mit großem Beifall begrüßt wurde, hat hier einen ausgezeichneten Eindruck gemacht. Dr. Curtius hat die Probleme zweier Ordnung zurückgefordert und in den Mittelpunkt seiner Darlegungen die wirtschaftliche Notlage und das Abrüstungsproblem gerückt, zumal die Mindestfragen in der politischen Kommission eingehend behandelt werden wird. Dr. Curtius hat in die Lobeshymnen über die praktische Tätigkeit des Völkerverbundes nicht eingehend, sondern wiederholt Warnungen erhoben, und diese Warnungen über das Schicksal des Völkerverbundes haben den stärksten Eindruck gemacht, zumal seine Ausführungen eine positive Einstellung zum Völkerverbundsgeanken deutlich erkennen ließen.

BRN, Paris, 13. Sept. Die hiesige Morgenpresse nimmt die Rede des Reichsaussenministers in Genf ungünstig auf. Ihr Journal, Courne industrielle und People laur teilweise dem deutschen Standpunkt mehr Gerechtigkeit widerfahren. Eine ganze Anzahl Blätter unterstellen, daß sich Curtius bei seiner Rede von innerpolitischen Rücksichten auf seine Stellung im Kabinett Brüning habe leiten lassen. Allgemein bezweifelt man die Rede als einen für den französischen Ministerbesuch in Berlin nicht geeigneten Auftakt. Manche Blätter betonen außerdem scharf, daß in demselben Augenblick, in dem die Reichsregierung durch den deutschen Geschäftsträger in Paris die Einladung zum Wocheneinde überbringen ließ, der Reichsaussenminister in Genf sein Programm der deutschen Forderungen „entwickelt. Fast alle Blätter haben wie auf ein Stichwort in der er über die Haltung der ausländischen Gläubiger gegenüber Deutschland spricht.

BRN, Genf, 12. Sept. In der heutigen Sitzung des Völkerverbundesversammlung erklärte Reichsaussenminister Dr. Curtius u. a., die Völkerverbund der ganzen Welt bieten nach Genf und wollen wissen, ob die in Genf verammelten Staatsmänner instande seien, eine Lösung des Not zu finden oder wenigstens vorzubereiten, ob eine berechtigte Forderung gegeben werden könne, daß in der bevorstehenden Konferenz die Abrüstungsfrage der Völkerverbund als greifbaren Ergebnis komme. Es erhebe sich die erste Frage, ob die diesjährigen Ergebnisse der Völkerverbundsarbeit den dringlichen Forderungen der Gegenwart auch nur einigermaßen gerecht werden. Reiner der Vordreher habe diese Frage zu bejahen gemagt, die Verammlung lie sich wohl einig darüber, daß alles Mögliche tun zu tun ließe.

BRN, Genf, 12. Sept. Die Rede Dr. Curtius, der von der Verammlung mit großem Beifall begrüßt wurde, hat hier einen ausgezeichneten Eindruck gemacht. Dr. Curtius hat die Probleme zweier Ordnung zurückgefordert und in den Mittelpunkt seiner Darlegungen die wirtschaftliche Notlage und das Abrüstungsproblem gerückt, zumal die Mindestfragen in der politischen Kommission eingehend behandelt werden wird. Dr. Curtius hat in die Lobeshymnen über die praktische Tätigkeit des Völkerverbundes nicht eingehend, sondern wiederholt Warnungen erhoben, und diese Warnungen über das Schicksal des Völkerverbundes haben den stärksten Eindruck gemacht, zumal seine Ausführungen eine positive Einstellung zum Völkerverbundsgeanken deutlich erkennen ließen.

BRN, Paris, 13. Sept. Die hiesige Morgenpresse nimmt die Rede des Reichsaussenministers in Genf ungünstig auf. Ihr Journal, Courne industrielle und People laur teilweise dem deutschen Standpunkt mehr Gerechtigkeit widerfahren. Eine ganze Anzahl Blätter unterstellen, daß sich Curtius bei seiner Rede von innerpolitischen Rücksichten auf seine Stellung im Kabinett Brüning habe leiten lassen. Allgemein bezweifelt man die Rede als einen für den französischen Ministerbesuch in Berlin nicht geeigneten Auftakt. Manche Blätter betonen außerdem scharf, daß in demselben Augenblick, in dem die Reichsregierung durch den deutschen Geschäftsträger in Paris die Einladung zum Wocheneinde überbringen ließ, der Reichsaussenminister in Genf sein Programm der deutschen Forderungen „entwickelt. Fast alle Blätter haben wie auf ein Stichwort in der er über die Haltung der ausländischen Gläubiger gegenüber Deutschland spricht.

BRN, Genf, 12. Sept. In der heutigen Sitzung des Völkerverbundesversammlung erklärte Reichsaussenminister Dr. Curtius u. a., die Völkerverbund der ganzen Welt bieten nach Genf und wollen wissen, ob die in Genf verammelten Staatsmänner instande seien, eine Lösung des Not zu finden oder wenigstens vorzubereiten, ob eine berechtigte Forderung gegeben werden könne, daß in der bevorstehenden Konferenz die Abrüstungsfrage der Völkerverbund als greifbaren Ergebnis komme. Es erhebe sich die erste Frage, ob die diesjährigen Ergebnisse der Völkerverbundsarbeit den dringlichen Forderungen der Gegenwart auch nur einigermaßen gerecht werden. Reiner der Vordreher habe diese Frage zu bejahen gemagt, die Verammlung lie sich wohl einig darüber, daß alles Mögliche tun zu tun ließe.

BRN, Genf, 12. Sept. Die Rede Dr. Curtius, der von der Verammlung mit großem Beifall begrüßt wurde, hat hier einen ausgezeichneten Eindruck gemacht. Dr. Curtius hat die Probleme zweier Ordnung zurückgefordert und in den Mittelpunkt seiner Darlegungen die wirtschaftliche Notlage und das Abrüstungsproblem gerückt, zumal die Mindestfragen in der politischen Kommission eingehend behandelt werden wird. Dr. Curtius hat in die Lobeshymnen über die praktische Tätigkeit des Völkerverbundes nicht eingehend, sondern wiederholt Warnungen erhoben, und diese Warnungen über das Schicksal des Völkerverbundes haben den stärksten Eindruck gemacht, zumal seine Ausführungen eine positive Einstellung zum Völkerverbundsgeanken deutlich erkennen ließen.

BRN, Paris, 13. Sept. Die hiesige Morgenpresse nimmt die Rede des Reichsaussenministers in Genf ungünstig auf. Ihr Journal, Courne industrielle und People laur teilweise dem deutschen Standpunkt mehr Gerechtigkeit widerfahren. Eine ganze Anzahl Blätter unterstellen, daß sich Curtius bei seiner Rede von innerpolitischen Rücksichten auf seine Stellung im Kabinett Brüning habe leiten lassen. Allgemein bezweifelt man die Rede als einen für den französischen Ministerbesuch in Berlin nicht geeigneten Auftakt. Manche Blätter betonen außerdem scharf, daß in demselben Augenblick, in dem die Reichsregierung durch den deutschen Geschäftsträger in Paris die Einladung zum Wocheneinde überbringen ließ, der Reichsaussenminister in Genf sein Programm der deutschen Forderungen „entwickelt. Fast alle Blätter haben wie auf ein Stichwort in der er über die Haltung der ausländischen Gläubiger gegenüber Deutschland spricht.

BRN, Genf, 12. Sept. In der heutigen Sitzung des Völkerverbundesversammlung erklärte Reichsaussenminister Dr. Curtius u. a., die Völkerverbund der ganzen Welt bieten nach Genf und wollen wissen, ob die in Genf verammelten Staatsmänner instande seien, eine Lösung des Not zu finden oder wenigstens vorzubereiten, ob eine berechtigte Forderung gegeben werden könne, daß in der bevorstehenden Konferenz die Abrüstungsfrage der Völkerverbund als greifbaren Ergebnis komme. Es erhebe sich die erste Frage, ob die diesjährigen Ergebnisse der Völkerverbundsarbeit den dringlichen Forderungen der Gegenwart auch nur einigermaßen gerecht werden. Reiner der Vordreher habe diese Frage zu bejahen gemagt, die Verammlung lie sich wohl einig darüber, daß alles Mögliche tun zu tun ließe.

BRN, Genf, 12. Sept. Die Rede Dr. Curtius, der von der Verammlung mit großem Beifall begrüßt wurde, hat hier einen ausgezeichneten Eindruck gemacht. Dr. Curtius hat die Probleme zweier Ordnung zurückgefordert und in den Mittelpunkt seiner Darlegungen die wirtschaftliche Notlage und das Abrüstungsproblem gerückt, zumal die Mindestfragen in der politischen Kommission eingehend behandelt werden wird. Dr. Curtius hat in die Lobeshymnen über die praktische Tätigkeit des Völkerverbundes nicht eingehend, sondern wiederholt Warnungen erhoben, und diese Warnungen über das Schicksal des Völkerverbundes haben den stärksten Eindruck gemacht, zumal seine Ausführungen eine positive Einstellung zum Völkerverbundsgeanken deutlich erkennen ließen.

BRN, Paris, 13. Sept. Die hiesige Morgenpresse nimmt die Rede des Reichsaussenministers in Genf ungünstig auf. Ihr Journal, Courne industrielle und People laur teilweise dem deutschen Standpunkt mehr Gerechtigkeit widerfahren. Eine ganze Anzahl Blätter unterstellen, daß sich Curtius bei seiner Rede von innerpolitischen Rücksichten auf seine Stellung im Kabinett Brüning habe leiten lassen. Allgemein bezweifelt man die Rede als einen für den französischen Ministerbesuch in Berlin nicht geeigneten Auftakt. Manche Blätter betonen außerdem scharf, daß in demselben Augenblick, in dem die Reichsregierung durch den deutschen Geschäftsträger in Paris die Einladung zum Wocheneinde überbringen ließ, der Reichsaussenminister in Genf sein Programm der deutschen Forderungen „entwickelt. Fast alle Blätter haben wie auf ein Stichwort in der er über die Haltung der ausländischen Gläubiger gegenüber Deutschland spricht.

BRN, Genf, 12. Sept. In der heutigen Sitzung des Völkerverbundesversammlung erklärte Reichsaussenminister Dr. Curtius u. a., die Völkerverbund der ganzen Welt bieten nach Genf und wollen wissen, ob die in Genf verammelten Staatsmänner instande seien, eine Lösung des Not zu finden oder wenigstens vorzubereiten, ob eine berechtigte Forderung gegeben werden könne, daß in der bevorstehenden Konferenz die Abrüstungsfrage der Völkerverbund als greifbaren Ergebnis komme. Es erhebe sich die erste Frage, ob die diesjährigen Ergebnisse der Völkerverbundsarbeit den dringlichen Forderungen der Gegenwart auch nur einigermaßen gerecht werden. Reiner der Vordreher habe diese Frage zu bejahen gemagt, die Verammlung lie sich wohl einig darüber, daß alles Mögliche tun zu tun ließe.

BRN, Genf, 12. Sept. Die Rede Dr. Curtius, der von der Verammlung mit großem Beifall begrüßt wurde, hat hier einen ausgezeichneten Eindruck gemacht. Dr. Curtius hat die Probleme zweier Ordnung zurückgefordert und in den Mittelpunkt seiner Darlegungen die wirtschaftliche Notlage und das Abrüstungsproblem gerückt, zumal die Mindestfragen in der politischen Kommission eingehend behandelt werden wird. Dr. Curtius hat in die Lobeshymnen über die praktische Tätigkeit des Völkerverbundes nicht eingehend, sondern wiederholt Warnungen erhoben, und diese Warnungen über das Schicksal des Völkerverbundes haben den stärksten Eindruck gemacht, zumal seine Ausführungen eine positive Einstellung zum Völkerverbundsgeanken deutlich erkennen ließen.

BRN, Paris, 13. Sept. Die hiesige Morgenpresse nimmt die Rede des Reichsaussenministers in Genf ungünstig auf. Ihr Journal, Courne industrielle und People laur teilweise dem deutschen Standpunkt mehr Gerechtigkeit widerfahren. Eine ganze Anzahl Blätter unterstellen, daß sich Curtius bei seiner Rede von innerpolitischen Rücksichten auf seine Stellung im Kabinett Brüning habe leiten lassen. Allgemein bezweifelt man die Rede als einen für den französischen Ministerbesuch in Berlin nicht geeigneten Auftakt. Manche Blätter betonen außerdem scharf, daß in demselben Augenblick, in dem die Reichsregierung durch den deutschen Geschäftsträger in Paris die Einladung zum Wocheneinde überbringen ließ, der Reichsaussenminister in Genf sein Programm der deutschen Forderungen „entwickelt. Fast alle Blätter haben wie auf ein Stichwort in der er über die Haltung der ausländischen Gläubiger gegenüber Deutschland spricht.

BRN, Genf, 12. Sept. In der heutigen Sitzung des Völkerverbundesversammlung erklärte Reichsaussenminister Dr. Curtius u. a., die Völkerverbund der ganzen Welt bieten nach Genf und wollen wissen, ob die in Genf verammelten Staatsmänner instande seien, eine Lösung des Not zu finden oder wenigstens vorzubereiten, ob eine berechtigte Forderung gegeben werden könne, daß in der bevorstehenden Konferenz die Abrüstungsfrage der Völkerverbund als greifbaren Ergebnis komme. Es erhebe sich die erste Frage, ob die diesjährigen Ergebnisse der Völkerverbundsarbeit den dringlichen Forderungen der Gegenwart auch nur einigermaßen gerecht werden. Reiner der Vordreher habe diese Frage zu bejahen gemagt, die Verammlung lie sich wohl einig darüber, daß alles Mögliche tun zu tun ließe.

BRN, Genf, 12. Sept. Die Rede Dr. Curtius, der von der Verammlung mit großem Beifall begrüßt wurde, hat hier einen ausgezeichneten Eindruck gemacht. Dr. Curtius hat die Probleme zweier Ordnung zurückgefordert und in den Mittelpunkt seiner Darlegungen die wirtschaftliche Notlage und das Abrüstungsproblem gerückt, zumal die Mindestfragen in der politischen Kommission eingehend behandelt werden wird. Dr. Curtius hat in die Lobeshymnen über die praktische Tätigkeit des Völkerverbundes nicht eingehend, sondern wiederholt Warnungen erhoben, und diese Warnungen über das Schicksal des Völkerverbundes haben den stärksten Eindruck gemacht, zumal seine Ausführungen eine positive Einstellung zum Völkerverbundsgeanken deutlich erkennen ließen.

BRN, Paris, 13. Sept. Die hiesige Morgenpresse nimmt die

das Feuer, wobei ein Demonstrant einen Urknall erhielt. In der Helgoländer Meerenge es zu einer Schlägerei zwischen Kommunisten und Reichsbannerangehörigen. Dabei hat einer der Teilnehmer erhebliche Verletzungen erlitten.

## Heimwehrputschversuch in Oesterreich

Die Regierung ist Herr der Lage

Wien, 13. Sept. Ein Teil des Heimatschutzes unter Führung von Dr. Priemer hat in der Nacht zum Sonntag in einigen Orten Nordtirols, Deberösterreichs und Salzburgs einen Putschversuch unternommen. Die Bundesregierung hat alle Maßnahmen getroffen, um die Ordnung wieder herzustellen. Im übrigen Bundesgebiet herrscht Ruhe.

Nach den bis zum frühen Abend vorliegenden Meldungen kann der Putsch als gescheitert angesehen werden. Die Heimwehrleute haben zum größten Teil die von ihnen besetzten Ortschaften beim Eintreffen der Polizei und Abteilungen des Bundesheeres geräumt, ohne irgendwelchen Widerstand zu leisten.

Im Laufe des Vormittags erschienen die sozialdemokratischen Abgeordneten Bürgermeister Setz von Wien, Bauer und Danneberg beim Bundeskanzler und forderten in ultimativer Form sofortige Niederwerfung des Putschführers, Verhaftung der Putschführer und Gewährung der Sicherheit durch die Regierung. Der Bundeskanzler erklärte, daß es im Laufe des Tages gelingen werde, den Putsch niederzuschlagen. Die Regierung habe alle Machtmittel des Staates aufzubringen. Eine Reihe von Haftbefehlen sind bereits von der Regierung erlassen, darunter auch gegen den Leiter des Putsches, Dr. Priemer.

In einer amtlichen Rundgebung wird berichtet, daß schon in den frühen Morgenstunden Nachrichten über Bewegungen von Heimatschutzformationen eingegangen seien. Innenminister Winkler habe von der Polizeidirektion aus die entsprechenden Anordnungen getroffen. An der Rundgebung heißt es weiter, daß dem raschen und zielbewussten Vorgehen von Polizei, Gendarmerie und Bundesheer es gelungen ist, die Bewegung in der Gegend von Kirchdorf noch im Laufe des Vormittags zu liquidieren. Festgestellt wird, daß in allen Bundesländern Ruhe herrscht.

Im Zusammenhang mit dem Putschversuch kam es in Kapfenberg zu Zusammenstößen zwischen Heimwehrleuten und Schützlingern. Dabei wurde ein Schützling verletzt, ein weiterer Schützling und sieben Heimwehrleute schwer verletzt. — Im ganzen wurden bisher zwei Führer der Heimwehrleute und einige ihrer Helfer verhaftet. Die Orte, in denen die Heimwehrleute ihren Putsch versuchten, wurden mit Militärabteilungen besetzt.

260 Heimwehrleute verhaftet.

Wien, 13. Sept. Die bei Klosterneuburg verhafteten bewaffneten Heimwehrleute, etwa 200 an der Zahl, wurden von Wiener Polizei, die Gruppe ihre Wäpfe, nach Wien zu ziehen, verurteilt konnte. Die Heimwehrleute leisteten keinerlei Widerstand. In Amstetten (Niederösterreich) soll sich noch eine Abteilung oberösterreichischer und ungarischer Heimwehrleute befinden, die auch die Wäpfe haben. Am Abend nach Wien zu marschieren. Es sind alle Maßnahmen getroffen worden, um die Heimwehrleute rechtzeitig zu verhaften.

Das Ende des Putschversuches in Oesterreich.

Wien, 13. Sept. In den Abendstunden erging an die oberösterreichischen Heimwehrformationen die Weisung, die Aktion einzustellen und nach Hause zu gehen. Auch die in der Nähe von Graz zusammengekommenen Heimwehrführer aus Westtirol traten den Heimweg an.

Dr. Priemer noch nicht verhaftet.

Wien, 13. Sept. Die in einzelnen Extraausgaben Wiener Blätter enthaltene Meldung, daß der Heimwehrführer Priemer bereits verhaftet sei, wird in Meldungen aus Graz als unrichtig bezeichnet.

Zum Abbruch der Aktion.

Wien, 13. Sept. Die Pressestelle der Bundesführung des Heimatschutzes Oesterreichs verläßt in später Abendstunden folgenden Befehl des Bundesführers Dr. Walter Priemer:

An alle Heimatschutzführer Oesterreichs! Die Posten des Bauernkämpfers, das Emblem meiner Kreise und der Arbeiterkämpfer sowie der schaffenden Teile unseres Volkes hat mich veranlaßt, einen letzten Rettungsveruch zu machen, um es vor der Auslandsverfolgung und Niedergang zu bewahren. Obwohl wir nicht nur ganz Oesterreich mit Ausnahme von

Graz besetzt, sondern weit darüber hinausgegriffen haben, breche ich, um Blutvergießen zu vermeiden, die Aktion ab. Die Heimatschutzabteilungen haben sofort geschlossen ihre Heimatsgemeinden abzurufen.

Ich danke allen treulichen Kameraden für ihre unerschütterliche Opfer, die sie der Bewegung gebracht. Gleichzeitig teile ich mit, daß ich meine Führerrolle bei dem Heimatschutz zurücklege.

Dr. Walter Priemer.

Bundesratsleiter Rauter hat seine Funktionen im Heimatschutz ebenfalls niedergelegt.

Die Wiener Zeitung über den Putschversuch Priemers.

Wien, 13. Sept. Ueber die Vorgänge des heutigen Tages schreibt die Wiener Zeitung: Der Versuch, Dr. Priemer scheint bereits gescheitert zu sein, nicht nur, weil er sich den geschlossenen Mitteln des Staates gegenüberübersteht, sondern auch weil die erdrückende Mehrheit des Volkes, seinen Bestrebungen, wie sie sich am heutigen Tage manifestierten, aus innen- und außenpolitischen Gründen in jeder Weise ablehnend gegenübersteht.

Wien, 13. Sept. Zu den Vorgängen in der Steiermark wird noch folgendes vom Berichterstatter des WTB gemeldet: In den oberösterreichischen Ortschaften Brud. Kageneck, Judenburg und Schladming erschienen heute um 2 Uhr bewaffnete Heimwehr und versuchte, die Städte militärisch zu besetzen. Der Bundesführer der Heimwehr, Dr. Priemer, versammelte um 2.30 Uhr früh in Judenburg die Unterführer um sich. Auf seine Weisung wurden in einigen Ortschaften Plakate angeheftet, in denen es heißt, daß alle Gendarmen- und Heeresbeamten ihres Diensten entzogen seien. Die Heimwehr übernehme mit dem heutigen Tage die Staatsgewalt.

## Schweres Eisenbahnunglück in Ungarn

15 Tote, 20 Verletzte

Budapest, 13. Sept. Auf der Bahnstrecke zwischen Budapest und Wien kam es bei Via Torbogy, etwa 20 Kilometer von Budapest entfernt, zu einer schweren Eisenbahnkatastrophe, als der D-Zug Budapest-Wien-Passau-Köln einen Wabdukt passierte. Festgestellt wurde, daß, als eine Explosion erfolgte, der dritte oder vierte Wagen entgleiste und sofort vom Wabdukt abstürzte, mehrere andere Wagen, sowie die Lokomotive mit sich reichend. Die letzten fünf Wagen, in denen sich die meisten Passagiere befanden, waren noch nicht bis zum Wabdukt gelangt. Sie rissen ab und blieben auf dem Bahndörper liegen.

Wien, 13. Sept. Bis 6 Uhr früh waren bei den Räumungsarbeiten 15 Tote geborgen worden. Man rechnet mit mindestens 20 Verletzte. Die Rettungsarbeiten gestalten sich äußerst schwierig. Unter den bisher geborgenen Verletzten wurden vier Ausländer festgestellt und zwar eine Amerikanerin, ein Londoner, ein Pariser und ein Wiener. Der Zugführer, zwei Eisenbahnbeamte und drei Frauen konnten bisher identifiziert werden. Der Zug war wenig von internationalen Publikum besetzt. Die Unfallstelle ist von Militär und Gendarmerie abgesperrt.

Die Oberstaatsanwaltschaft hat eine Untersuchungskommission an die Unfallstelle entsandt, um nach Spuren der Täter zu suchen. Schon die ersten Nachforschungen ergeben eine auffallende Übereinstimmung des verdrängten Anschlag mit den Eisenbahnkatastrophen in Jugoslawien und in Oesterreich sowie bei dem Anschlag bei Jüterbog.

Wien, 13. Sept. Nach den ersten Ermittlungen ist das Unglück auf die Explosion einer Hölzmaschine zurückzuführen. In der Nähe der Unfallstelle wurde eine Zündschnur gefunden und ein Brief, in dem es heißt: „Da die kapitalistische Gesellschaftsordnung uns keine Freiheit zu verschaffen vermag, so verhaften wir uns heute.“

Die Nationalsozialisten gegen den Heimwehrputsch.

Wien, 13. Sept. Die Landesleitung der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei (Hitlerbewegung) erklärt, daß sie mit der Aktion der Heimwehr in keinerlei Verbindung stehe und diese auch ablehne.

Die Tiroler Heimatwehr gegen den Putsch. WTB Innsbruck, 13. Sept. Die Tiroler Heimatwehr unter Führung von Dr. Steidle hat kategorisch erklärt, daß sie mit der ganzen Aktion von Dr. Priemer nichts zu tun haben wolle.

Maßnahmen gegen die am Putsch beteiligten österreichischen Beamten.

Wien, 13. Sept. Die Bundesregierung hat verfügt, daß alle Bundesministerien und Landesoberhäupter angewiesen werden, die vorläufige Suspendierung aller jener Beamten, die sich an dem heutigen Anschlag des Heimatschutzes irgendwie beteiligt haben, ungekündigt zu verfügen. Gegen die Schuldtragenden wird auf disziplinar- oder strafgerichtlichem Wege vorgegangen werden.

Die österreichischen Sozialdemokraten fordern Auflösung der Heimwehr.

Wien, 13. Sept. Die Parteivorstände der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie und der Bundesvorstand der freien Gewerkschaften haben heute nach einem Aufruf beschlossen, worin es heißt: Der Putsch ist misslungen. Gegen seine Führer sind Haftbefehle erlassen. Aber das genügt nicht. Wir verlangen die Auflösung der Heimwehr, die die Verletzung der Republik mit Waffengewalt umzuführen versucht hat und die Beschlagnahme ihrer Waffen. Parteivorstand und Bundesvorstand der Gewerkschaften bleiben in Permanenz. Sie richten an die gesamte Arbeiter- und Anstelltenenschaft folgende Weisung:

Die Stunde erfordert immer noch größere Wachsamkeit und Disziplin. Nur durch unsere Disziplin, nur durch ein einheitliches Heer können wir gegen die heimliche Aktion auf eigene Faust. Aktionen nur auf Befehl eurer Vertrauensleute.

Bundeskanzler Buresch bleibt in Wien.

Wien, 13. Sept. Bundesminister Dr. Finkenzler Dr. Redlich begibt sich heute nach Genf. Bundeskanzler Buresch kann wegen des Putschversuches nicht nach Genf reisen.

hört um 12.15 Uhr eine furchtbare Detonation. Sie hörten auch einen Gegenstand durch die Luft sausen. Bei dem weiteren Nachforschungen gelang es dann festzustellen, daß ein durch die Explosion herausgeworfenes Schienenstück fast sieben Kilometer weit fortgeschleudert wurde.

Es wurden bereits verschiedene verdächtig erscheinende Personen verhaftet und sollen einem Verhör unterzogen werden.

Das Schicksal einzelner Reisender in dem Unglückszug.

Budapest, 13. Sept. Auf wunderbare Weise ist der im Schlafwagen reisende Graf Josef Palfy-Daum bei dem Eisenbahnunfall ohne Schaden davongekommen. Er wurde bei der Katastrophe aus dem Wagen geschleudert und lag in einem 50 Meter weiten Bogen zur Erde, blieb aber unverletzt. Ebenso wurde ein dreijähriges Mädchen ruhig schlafend unverletzt aus seinem verunglückten Wagen gezogen. Sehr zu beklagen ist dagegen das Schicksal einer 25-jährigen Ungarin, Frau Steffi Kuffi, die mit ihren beiden Kindern, ihrem Gatten, der in Belgien als Bergarbeiter Anstellung gefunden hatte, nachreisen wollte. Die Frau erlitt eine Gehirnerschütterung und Quetschungen an beiden Beinen, ihre dreijährige Tochter erlitt eine Gehirnerschütterung und eine Quetschung am Kopf und ihr vierjähriges Söhnchen ebenfalls Quetschungen.

Das Ergebnis der Sachverständigenuntersuchung.

Budapest, 13. Sept. Nach dem vorläufigen Ergebnis der Untersuchung der Sachverständigen in der Angelegenheit der Explosion sind Zünder, Zündschnur und Explosivstoff der Hölzmaschine deutsches Fabrikat, das Taschenlampenelement polnischen und englischen Ursprungs. Infolgedessen scheint es klar, daß das Attentat von einer internationalen Kommunistengruppe verübt worden ist, die in den letzten Jahren eine Reihe von Attentaten in ausländischen Staaten verübt. Es wurde auch festgestellt, daß die Hölzmaschine nicht mit einem Uhrwerk verbunden war, sondern daß die Sprengung auf Grund von Beobachtungen an Ort und Stelle mit größter Sachkenntnis veranfaßt wurde. Von der Schnellzug fahrenden Personenzug haben die Verbrecher passieren lassen. Die Behörden treffen alle Maßnahmen, um der Täter die Hilfeleistung, Verbrechens habhaft zu werden. Bisher erfolgten mehrere Verhaftungen, ob diese aufrechterhalten werden können, steht noch nicht fest.

Die Eisenkonstruktion des Wabdukt hat nur geringe Beschädigungen erlitten. Der Verletzte Budapest-Wien wird vorläufig auf dem unverletzt gebliebenen Parallel-Wabdukt abgewickelt. Die Beilegung der Trümmer innerhalb 48 Stunden zu erwarten. Der Schutz der Eisenbahnlinie wurde verstärkt. Zur Gewährleistung der Sicherheit des Verkehrs sind alle Maßnahmen getroffen.

Einem offiziellen Communiqué der ungarischen Staatsbahn beträgt nach den bisherigen Feststellungen die Zahl der Toten 24, die Zahl der Verletzten 14. Die Toten wurden in der Ortstotenkammer untergebracht. Die Verletzten von den Sanitätsmannschaften in Budapest Spitäler überführt.

## Politische Tageschau

Ueberreichung der deutschen Einladung in Paris.

Paris, 13. Sept. Der deutsche Gesandtschaftsträger Graf Dr. Forster hat heute vormittag dem französischen Ministerpräsidenten Laval für den 27. September die offizielle Einladung der Reichsregierung für ihn und für den französischen Außenminister Briand nach Berlin zum Wodenden überbracht. Der französische Ministerpräsident hat die Einladung angenommen. Die Einzelheiten der Reise werden später vereinbart werden.

Aufnahme Mexikos in den Völkerbund.

Genf, 12. Sept. Mexiko ist heute durch einstimmigen Beschluß der Bundesversammlung in den Völkerbund aufgenommen worden. Es hat seinen Beitritt ohne Vorbehalt vollzogen.

Deutscher Freiballon über dem Elah?

Paris, 13. Sept. Aus Straßburg wird dem Wain gemeldet, daß am Mittwoch nachmittag ein deutscher Ballon Weidenburg

## Aus dem Reich

Reichspräsident von Hindenburg wieder in Berlin.

Berlin, 12. Sept. Der Reichspräsident ist heute Abend von hier nach Weimar kommend, mit dem fahrplanmäßigen Fern-D-Zug wieder in der Reichshauptstadt eingetroffen.

Vortrag des Reichskanzlers beim Reichspräsidenten.

Berlin, 13. Sept. Der Herr Reichspräsident empfing heute den Herrn Reichskanzler zu einem längeren Vortrag.

Keine amtliche Betätigung deutscher Organe in der Ukraine.

Berlin, 11. Sept. In der polnischen Presse werden in den letzten Tagen Behauptungen über amtliche Betätigung deutscher Organe in der Ukraine verbreitet. Diese Mitteilungen über angebliche Vorgänge, die sich in den Jahren 1925 und 1926 zugetragen haben sollen, werden sogar dazu benutzt, um einen Zusammenhang mit den hinführenden bekannten Zuständen in der polnischen Ukraine zu konstruieren, die die Öffentlichkeit der Welt im letzten Jahr angeht. Die Unterdrückung der ukrainischen Widerheit in immer stärkerem Maße beschuldigt haben. In der polnischen Presse ist man sogar nicht davor zurückgeschreckt, die Ermordung von Herrn Solowko auf deutsche Maschinen zurückzuführen. Bei allen derartigen Behauptungen handelt es sich, wie wir von zuständigen Stellen erfahren, um durchsichtige Lendensmeldungen, die schärfste Zurückweisung verdienen.

Einmaliges Erscheinen der „Germania“.

Berlin, 14. Sept. Die „Germania“, das führende Berliner Zentrumsblatt, wird ab 1. Oktober nur noch einmal am Tage erscheinen.

Kommunistenüberfall in Berlin.

Berlin, 12. Sept. Etwa 500 Kommunisten versuchten heute ein Verfam-

lungslokal der NSDAP in der Steinmetzstraße zu stürmen. Als dies durch das Wehrfallkommando verhindert wurde, zog ein Teil der Kommunisten vor ein weiteres NSDAP-Kafé in der Hauptstraße in Schöneberg und schloß von der gegenüberliegenden Seite der Straße in das Lokal hinein. Eine vor dem Lokal stehende Streife der Schutzpolizei setzte sich sofort auf einen der Schützen, der indessen flüchtete. Der Beamte feuerte dreimal hinter ihn her und verwundete ihn leicht, worauf es gelang, ihn festzunehmen.

## Der Deutsche Gewerkschaftsbund zur Lage

Berlin, 11. Sept. Der Vorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes hat sich mit den imhwebenden Wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen eingehend beschäftigt. Das Ergebnis der Ausprache fand Ausdruck in einer Entschließung in der es u. a. heißt:

Der Deutsche Gewerkschaftsbund verlangt mit größtem Nachdruck, daß der seit Monaten betriebenen parlamentarischen Forderung nach Beteiligung der Anarbeitskräfte tarifertraglicher Vereinarbeitungen nicht nachgegeben wird. Bei einer Fortsetzung des Lohnabbaus wird den dektischen Arbeitnehmern die Fortzahlung der bisherigen Mieten völlig unmöglich. Die Hauszinssteuer darf jedoch nicht völlig abgebaut werden. Wir halten es für unsere Pflicht, die Reichsregierung erneut ihre Zusage zu erinnern, im Herbst 1931 die schimmenden Härten der Notverordnung vom 5. Juni 1931 zu beheben. Wenn wir auch die Notwendigkeit des Ausganges der öffentlichen Haushalte unbedingt bejahen, so dürfen trotzdem eine Reihe von Belastungen, die die Notverordnung den Arbeitnehmern und den Arbeitslosen auferlegt hat, nicht länger aufrecht erhalten werden. Die Kosten der öffentlichen Verwaltung sind durch Veranschlagung der Verwaltung im Sinne eines verstärkten Einflusses auf die innere Verwaltung zu senken.

## Bermischte Nachrichten

Start des „Graf Zeppelin“ nach Frankfurt am Main.

Friedrichshafen, 13. Sept. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist unter Führung von Kapitän Lehmann um 13.10 Uhr mit 39 Passagieren an Bord zur Landungsfahrt nach Frankfurt a. M. aufgestiegen.

74 Kommunisten in Hagen festgenommen.

Hagen, 14. Sept. Am Sonntag mit tags wurden von der Polizei in einem Sammlungslokal im Stadteil Behringhausen 74 Kommunisten einer illegalen Kampforganisation der Kommunisten festgenommen. Alle Festgenommenen werden dem Untersuchungsrichter zugewiesen.

17 Minuten Segelflug über dem Hamburger Flughafen.

Hamburg, 11. Sept. Im Hamburger Flughafen werden seit einiger Zeit vom flugtechnischen Verein Segelflugversuche über einem Gelände ausgeführt. Starts mit Gummluft und Schlepptarnt mit Startwagen und Motorflugzeugen haben auch in Hamburg bereits mehrfach bewiesen, daß das Problem des Segelns über einem Gelände gelöst ist. Am Mittwoch Abend konnte mit einem neuen Vereins-Segelflugzeug „Kaffel 20“ einer Hochleistungs-konstruktion aus der Werkstatt des Kunstflugmeisters Pfeleker, ein Flug von 17 Minuten Dauer über dem Flughafen ausgeführt werden. Eine Klemm-Maschine der Fliegerhorst Nordmark G.m.b.H. ausgeführt mit einer primitiven Schlepptarntarnt, zog die „Kaffel 20“ nach leichtem Start auf 1100 Meter Höhe, wo das Segelflugzeug abstank und nach 17 Minuten, ohne die gegebenen Möglichkeiten voll ausgenutzt zu haben, landete.

Schweres Flugzeugunglück. Zwei Tote.

Hamburg, 13. Sept. Nach Beobachtung des heutigen Segelflugzeuges auf dem Hamburger Flughafen Luftschiff ereignete sich ein schweres Unglück. Gegen sieben Uhr startete der Pilot Korff mit einem Sportflugzeug des Hamburger Vereins für

Gobos und Kobida geben ihren Langstreckenflug auf.

Moskau, 12. Sept. Das Flugzeug „Winkelried“ mit den französischen Fliegern Lebriz und Doret und dem Mechaniker Mesmin, das sich auf dem Flug von Paris nach Tokio befand, stürzte an der Mündung des Tasio Tany in Gouvernment Ufa ab. Zwei von den drei Insassen wurden getötet. — Nach einer Meldung aus Ufa ist Doret beim Absturz nicht ums Leben gekommen.

Tragisches Ende des zweiten französischen Langstreckenfluges.

Moskau, 12. Sept. Das Flugzeug „Winkelried“ mit den französischen Fliegern Lebriz und Doret und dem Mechaniker Mesmin, das sich auf dem Flug von Paris nach Tokio befand, stürzte an der Mündung des Tasio Tany in Gouvernment Ufa ab. Zwei von den drei Insassen wurden getötet. — Nach einer Meldung aus Ufa ist Doret beim Absturz nicht ums Leben gekommen.

Gobos und Kobida geben ihren Langstreckenflug auf.

Moskau, 12. Sept. Das Flugzeug „Winkelried“ mit den französischen Fliegern Lebriz und Doret und dem Mechaniker Mesmin, das sich auf dem Flug von Paris nach Tokio befand, stürzte an der Mündung des Tasio Tany in Gouvernment Ufa ab. Zwei von den drei Insassen wurden getötet. — Nach einer Meldung aus Ufa ist Doret beim Absturz nicht ums Leben gekommen.

des unblut gewordenen Tanks wird vorausgesetzt heute Abend oder morgen der Rückflug nach Paris erfolgen.

Berhandlungen der Dornier-Werke. WTB. New York, 11. Sept. Maurice Dornier erklärte dem Berichterstatter des WTB, daß über einen Verkauf bzw. eine Veräußerung des Do X mit verschiedenen Stellen Verhandlungen läuften. Einzelheiten können jedoch vorläufig nicht mitgeteilt werden. Dornier trifft auf dem Flugdampfer „Columbus“ die Heimreise an, um über die Verhandlungen zu berichten. Die Ueberholung der Do X-Motoren wird etwa 50 Tage in Anspruch nehmen, der Wiedereinbau der Motoren weitere 10 Tage. Der Do X wird dann voraussichtlich mehrere amerikanische Küstenstädte besuchen. Der Präsident der General Motors Company, Sloan, beabsichtigt, Ende September nach Friedrichshafen zu reisen, um mit den Dornier-Werken über eine Zusammenarbeit beim Bau von Flugbooten zu verhandeln.

## Badische Nachrichten

Zum Tode des badischen Staatspräsidenten.

Karlsruhe, 13. Sept. Das Staatsministerium erklärt folgende Bekanntmachung: Es ist festgestellt worden, daß der Herr Staatspräsident an einer übertragbaren Krankheit gestorben ist. Aus diesem Grunde unterbleibt die feierliche Ueberführung der Leiche in den Landtag und der Trauerzug an den Friedhof. Die Gedächtnisfeier im Landtag findet zur festgesetzten Stunde am 3.15 Uhr nachmittags statt. Die Beisetzung, welche wegen des beschränkten Raumes in engerem Rahmen abgehalten werden muß, findet auf dem Friedhof um 5 Uhr nachmittags statt. Anzugsregeln werden im Landtagsgebäude entgegengenommen. Das Staatsministerium. Die Leiche des verstorbenen Staatspräsidenten ist am Sonntag Abend in aller Stille nach dem badischen Friedhof übergeführt worden.

Die Vertretung der Reichsregierung an den Beisetzungsfeierlichkeiten.

Karlsruhe, 12. Sept. Wie wir erfahren, wird Reichsminister Dr. Wirth die Vertretung der Reichsregierung am Montag an den Beisetzungsfeierlichkeiten für den heimgegangenen Staatspräsidenten Wittemann übernehmen.

Pontifikalrequisitum für den verstorbenen Staatspräsidenten.

Karlsruhe, 12. Sept. Erzbischof Dr. Carl Frick, der an den Beisetzungsfeierlichkeiten teilnimmt, wird am kommenden Dienstag vormittag 9.15 Uhr in der Sankt Stephanskirche ein feierliches Pontifikalrequisitum für den verstorbenen Staatspräsidenten halten.

Das Beileid der evangelischen Kirchenbehörde.

Karlsruhe, 12. Sept. Die evangelische Oberkirchenbehörde hat den Hinterbliebenen und dem Staatsministerium ihr Auf-

richtiges Beileid zum Heimgang des Staatspräsidenten ausgesprochen. Zugleich hat sie angeordnet, daß am Montag, dem Tage der Beisetzung, von 12 Uhr mittags ab in allen evangelischen Kirchen des Landes ein vierstündiges Trauergebet stattfinden. An der Trauerfeier im badischen Landtag wird an Stelle des in Urlaub befindlichen Kirchenpräsidenten der Prälat der Landeskirche teilnehmen.

Dummersheim (Amt Rastatt), 12. Sept. (Zeitung Rastatt) Am Donnerstag Abend gegen 9 Uhr wurde die in der Gengstraße wohnende Familie Schopp von drei bis jetzt noch unbekannten Tätern überfallen. Während einer vor dem Hause Schmiere stand, drangen die beiden anderen in die Küche, wo die Eheleute mit ihrer Tochter am Tische saßen. Der eine der Räuber war verumumt und bedrohte die Familie mit vorgehaltenem Revolver, während der andere die Beihälftige durchwühlte und etwa 15 RM. erbeutete. Der Tochter war es unterdessen gelungen, durchs Fenster zu flüchten und die Nachbarn zu verständigen. In diesem Augenblick suchten die drei Räuber das Weite. Sie flüchten zunächst in den Wald und sind vermutlich auf Fahrrädern entkommen.

Dorf, 11. Sept. Vor etwa 10 Tagen hatte die 21 Jahre alte Tochter eines hiesigen verstorbenen Dentisten, die die Prozit ihres Vaters weiterführte, ein Schlafmittel eingenommen, um sich zu vergiften. Sie wurde in ins Krankenhaus über eingeliefert, wo sie gestern Abend, nachdem sie während der vergangenen Tage nur zeitweise das Bewußtsein wieder erlangte, gestorben ist.

Dinglingen, 11. Sept. In der Scheune hat sich die 58 Jahre alte Frau eines hiesigen in guten Verhältnissen lebenden Landwirts erhängt. Als er nach Hause kam, fand er seine Frau tot vor. Der Grund zum Selbstmord ist durch fürstige Erkundigungen und dem Staatsministerium ihr Auf-

## Aus dem Breisgau und Umgebung

Emmendingen, 14. Sept. (Mittellungen an der Gemeindeverwaltung) Sitzung vom 8. September 1931. Beschlüsse werden verschiedene Eingaben und Gesuche, die teilweise abgelehnt wurden. — Von dem Erlaß des Kultus- und Unterrichtsministeriums bezüglich des an der Staat abzuziehenden Beitrages für die Fortbildungsschülerstellen, sowie von dem Bericht des Herrn Bürgermeisters über die vorgelegene Umhulungsaktion der kurzfristigen Kommunalanleihe nimmt der Gemeinderat Kenntnis. — Zur Bekämpfung der Not in diesem Winter sind die erforderlichen Anordnungen in die Wege geleitet. — Von der Zustimmung des badischen Verkehrsverbandes VB in Karlsruhe und einem Schreiben des Arbeitsausschusses für die Goethefeier in Weimar im Jahre 1932 nimmt der Gemeinderat Kenntnis. Wegen der Teilnahme an der Goethefeier wird das Erforderliche veranlaßt. — Von der Einladung des Gaug. Volksvereins Emmendingen zu der Feier des 40-jährigen Bestehens des Vereins nimmt der Gemeinderat Kenntnis.

Emmendingen, 14. Sept. Ueber die Auswirkungen der vorjährigen Krankenfällen-Notverordnung, die eine Gebühr von 50 Pf. für einen Krankenschein einführte, liegen jetzt die ersten amtlichen Zahlen vor, nämlich aus dem letzten Vierteljahr 1930. Danach haben die Krankenkassen in diesem Vierteljahr 7 v. H. an Arztkosten, 30 v. H. an Kosten für Arzneimittel und 30 v. H. an Krankengeldern gesparrt gegenüber dem entsprechenden Zeitraum im Jahre 1929. Beleglich die Kosten für die Krankenkassenpflege sind um ein Geringes gestiegen. Danach kann man erwarten, daß sich das jährliche Einkommen der deutschen Ärzte um mindestens 30 Millionen RM, das der Apotheker sogar um mindestens 75 Millionen RM infolge dieser Notverordnung verringern wird.

Zeremonielle Feiertage. Am 12. und 13. September feierten unsere israelitischen Mit-

bürger das Neujahrsfest. Damit beginnt für sie das Jahr 5692. Dieses Fest, wie auch das am 21. September stattfindende Verbrüderungsfest wird überall streng gefeiert. Jeder Gemeindefriede ruht an diesen drei Tagen. Er verheißt am 26. und 27. September, sowie am 3. und 4. Oktober das Raubhüttenfest und das Fest der Götterfreude an.

Die 500000 RM-Prämie der Preussischen Lotterie. Die 500000 Mark-Prämie der Preussischen Süddeutschen Klassenlotterie ist auf die Nummer 272909 gefallen, die mit 1000 Mark gezogen wurde. In der ersten Abteilung fällt der Gewinn nach Bayern, in der zweiten Abteilung nach Hessen.

Kenzingen, 14. Sept. Die Mitglieder des Bürgerausschusses sind zu einer Sitzung auf Freitag den 13. September des. 3.3. abends 8.30 Uhr, in der Rathausaal eingeladen. Auf der Tagesordnung steht: 1. Zustimmung zum Gemeindevoranschlag und Nebenvoranschlägen pro 1931-32. 2. Einführung der Bürgersteuer.

Friedrichshafen, 12. Sept. Heute morgen wurden neben den Bahngelassen zwischen Kenzingen und Herbolzheim gegenüber dem Königbrücke der 27 Jahre alte Arbeiter G. Sartory von Herbolzheim, der in der Rbodolajeta-Fabrik in Freiburg in Arbeit stand, mit einer Verletzung im Genick tot aufgefunden. Wie festgestellt wurde, liegt Selbstmord vor. Sartory war gestern aus dem Gefängnis entlassen worden. Aus Nummer, seinen alten Vater nicht mehr unterstützen zu können, ist der junge Mann lt. R. W. schweremüht geworden und sich Arbeitskollegen gegenüber geäußert, daß er sich ein Leib antue.

Wagh, 11. Sept. Der Landwirt August Seutter von hier verunglückte am Mittwoch beim Futterholen am Leopoldstafel bei Kienegg. Er kam unter die Räder des mit einem Pferd bespannten Wagens zu liegen und erlitt einen Bruch des linken Unterarmes. Der Verunglückte fand Aufnahme im bad. Krankenhaus Kenzingen.

Wagh, 11. Sept. Der Landwirt August Seutter von hier verunglückte am Mittwoch beim Futterholen am Leopoldstafel bei Kienegg. Er kam unter die Räder des mit einem Pferd bespannten Wagens zu liegen und erlitt einen Bruch des linken Unterarmes. Der Verunglückte fand Aufnahme im bad. Krankenhaus Kenzingen.

— Uns Belling wird berichtet, daß die Ehe des ehemaligen Kaisers von China geschieden werden soll. Huan-tung lebt seit seiner Enttötung als Privatmann unter japanischem Schutz in Peking. In den ausländischen Niederlassungen Belling's hat schon vor einiger Zeit der Bericht über einen Selbstmordversuch der ehemaligen Kaiserin großes Aufsehen erregt. Es heißt, daß der „Sohn des Himmels“ sich in eine Amerikanerin verliebt hat, die vor einigen Monaten China besuchte. Seine Gattin hat nunmehr die Scheidungsklage eingereicht, von der sie trotz aller Versuche der chinesischen Kaisertruppen nicht abbringen war. Als Grund wird angegeben, daß der Kaiser sie vernachlässigt und grausam behandle. Wie es heißt, will die Gattin Huan-tung's sich nach der Scheidung ins Ausland begeben und sich in Amerika oder England niederlassen.

**Wirtschaftliches**  
Zahlungseinstellung in der oberbairischen Textilindustrie.  
W.B. St. Wäfen, 12. Sept. Die Spinnerei St. Wäfen u. G. hat am 10. Sept. ihre Zahlungen eingestellt. Sie begründet die Zahlungseinstellung mit der lang anhaltenden Absatzkrise, den fortgesetzten unvermeidlichen Verlusten bei Verkäufen der Fertigschäfte, dem Zusammenbruch des Baumwollmarktes, durch den auf alle noch nicht erfüllte Kontrakte große Verluste eingetreten seien und endlich in der Unmöglichkeit weiterer Kredite aufzunehmen. Die Schwäbische Treuhand u. G. in Stuttgart ist mit der Ausarbeitung eines Status beauftragt und soll die zum Abschluß eines Vergleichs erforderlichen Verhandlungen mit den Gläubigern der Firma führen. Der Betrieb soll nach Möglichkeit weiter geführt werden.

Das Unternehmen, eine Familien-u. G. ist mit einem Aktienkapital von 1,2 Millionen RM ausgestattet. Ueber den Abschluß 1930 sind noch keine Zahlen bekannt geworden. Nach der letzten Bilanzveröffentlichung für 1929 erhöhte das Unternehmen seinen Verlust von 1865 RM auf 28 660 RM, außerdem wurde noch ein mit 120 000 RM ausgestatteter Referenzfonds zur Verfügbung herangezogen. Für 1930 betragen Bankgut-

haben und Beteiligungen 463 098 RM, Debitoren 509 311 RM, Vorräte 388 127 RM, Referenzfonds 1 200 000 RM, Defizitreferenzfonds 17 719 RM und Kreditoren einschließlich Bankschulden 934 056 Reichsmark.  
Staatsliche Subventionierung der Schweizerischen Uhrenindustrie.  
W.B. Bern, 11. Sept. Der Bundesrat hat einen Entwurf zu einem Bundesbeschlusse betr. die Unterstützung der Uhrenindustrie genehmigt. Darnach wird der Bundesrat ermächtigt, sich im Namen der Schweizerischen Eidgenossenschaft an der Allg. Schweizerischen Uhrenindustrie u. G. mit sechs Millionen fr. zu beteiligen und der genannten Gesellschaft überdies ein zinsloses Darlehen von 7 1/2 Millionen fr. zu gewähren. Dieses Darlehen ist in Jahresraten von einer Million fr. zurückzuführen, von denen die erste am 1. Juli 1934 erfolgt. Die Beteiligung des Bundes in Höhe von 6 Millionen ist zu 1/3 durch die Schweizerischen Uhrenindustrie u. G. zu verwenden. Die für die Abschreibung weiterer fünf Millionen fr. nötigen Mittel sind von der Uhrenindustrie aufzubringen. Von dem Reingewinn erhält das private Aktienkapital eine Dividende bis zu 4% Proz. Aus einem ev. Ueberschuß erhält der Bund eine Dividende bis zu 2 Proz. auf das von ihm eingezahlte Subventionskapital von 6 Millionen fr. Ein ev. verbleibender Ueberschuß wird proportional auf das private Aktienkapital und auf das Subventionskapital des Bundes verteilt. Die Gesamtdividende, die auf das private Aktienkapital entfällt, darf den Satz von 6 Proz. nicht übersteigen.

**Landwirtschaftliches**  
Der Froschspanner ist für unsere Obstbäume einer der gefährlichsten Feinde. Er entküpft in den Monaten Oktober bis Dezember feiner in der Erde liegenden Puppe. Das füllige Weibchen legt seine Eier zu Hunderten in die für das nächste Jahr angelegten Knospen der Obstbäume zu legen. Es wandert vom Oktober ab zu diesem Vorhaben an den Baumstämmen hinauf. Sind

dann an den Bäumen bis zum 1. Oktober Klebgürtel angebracht, dann wird eine große Anzahl von ihnen Schädlingen gefangen und unschädlich gemacht. Die aus den Eiern entküpften Käupchen, die die ausgeschlüpften Käupchen fressen, lassen sich dann an einem Faden zur Erde nieder, um sich dann etwa acht Zentimeter tief zu verpuppen. Aus dem hier Befragten ist zu entnehmen, wie sehr nötig das Anbringen von Klebgürteln bis zum 1. Oktober ist.

**Stadttheater Freiburg i. Br.**  
Montag, 14. Sept., 19.30—22.30 Uhr, Bühnenvolksbund Abt. A: Der Jägerbaron. Komische Oper in drei Akten von Johann Strauß.  
Dienstag, 15. Sept., 19.30—22.30 Uhr, Dienstagmiete (3 1): Der Waffenschmied von Wenzel Kammermayer in drei Akten von Josef Krieger.  
Mittwoch, 16. Sept., 19.30—22.30 Uhr, Mittwochmiete (3 1): Der Kaffeehändler in drei Akten von Barry Corneil. Deutsche Bearbeitung von Egidius Geiger.  
Donnerstag, 17. Sept., 19.30—22.30 Uhr, Donnerstagmiete (3 1): Der Holzanbauer. Komödie für Musik von Richard Strauß. Text von Hugo von Hofmannsthal.  
Freitag, 18. Sept., 19.30—22.30 Uhr, Freitagmiete (3 1): Die Verlobung in drei Akten von Heinrich Heine. Ein Schauspiel von Johann Wolfgang von Goethe.  
Samstag, 19. Sept., 19.30—22.30 Uhr, Samstagmiete (3 1): Kappina. Operette in drei Akten von Robert Stolz. Text von Rudolf Detschewsky.  
Sonntag, 20. Sept., 19.30—22.30 Uhr, außer Miete: Ein weiser Hühner. Ein Schauspiel in drei Akten von Ralph Benatzki.  
Montag, 21. Sept., 19.30—22.30 Uhr, Freie Volkshausmiete (3 1): Die Verlobung in drei Akten von Heinrich Heine. Ein Schauspiel von Johann Wolfgang von Goethe.

**Handel und Verkehr**  
Freiburg, 12. Sept. Der Schweizermarkt vom 12. September hatte einen Auftrieb von 726 Stück, das sind 653 Ferkel und 70 Säuer. Preise: Ferkel 4—9 RM, Säuer 12—15 RM, pro Stück. Marktverkauf: Ferkel flau, Ueberhand ca. 380 Stück.  
Großhandelspreisindex vom 9. September. Die vom Statistikamt Reichsamt für den 9. September berechnete Indexziffer der Großhandelspreise ist mit 109,0 gegenüber der Vorwoche um 0,4 v. H. gesunken. In diesem Rückgang sind die Indexziffern für alle Hauptgruppen beteiligt: Agrarstoffe 101,8 (minus 0,5 v. H.), Kolonialwaren 93,4 (minus 0,7 v. H.), industrielle Rohstoffe und Halbwaren 100,6 (minus 0,3 v. H.), industrielle Fertigwaren 134,9 (minus 0,2 v. H.).

**Zurnen, Spiel und Sport**  
Rinderpiet  
In Wien: Defestree — Deutschland 5:0 (2:0).  
Eilbdeutsche Bestreife  
Gruppe Baden:  
Freiburger FC. — Wöhrli Riedstrasse 4:1 (1:0)  
FC. Riedstrasse FC. — Spornloch Freiburg 3:0 (1:0)  
FC. Riedstrasse FC. — Mülbacher 3:2 (1:0)  
FC. Riedstrasse FC. — Mülbacher 2:2 (1:0)  
Gruppe Württemberg:  
FC. Feuerbach — FC. Aufenhausen 0:3 (1:1)  
FC. Feuerbach — Germania Brühlingen 1:1  
FC. Feuerbach — FC. Brühlingen 3:3  
FC. Feuerbach — FC. Brühlingen 7:2  
Union Wädlingen — Sportf. Wädlingen 5:2.

**Danksagung**  
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden unserer lieben Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwägerin und Tante  
**Friederike Preiß Ww.**  
geb. Nübling  
sagen wir allen von nah und fern, die sie während ihrem Krankenlager besucht und sie zur letzten Ruhestätte begleitet haben, herzlichen Dank. Besonders danken wir Herrn Pfarrer Leininger für die trostliche Leichenrede, dem Gesangsverein für den erhabenden Trauergesang, dem Frauenverein für die Kranzniederlegung und der Krankenschwester für die aufopfernde Pflege während ihrer Krankheit.  
Sexau, den 14. September 1931  
3918 Die trauernden Hinterbliebenen

**Das Waschen und Bügeln**  
von Stärkewäsche aller Art, sowie das Spannen von Vorhängen, Bettdecken, Schals  
übernimmt bei prompter und zuverlässiger Bedienung 3920  
Bügelgeschäft und Gardinenspannerei  
Frida Schroth Emmendingen / Hochburgerstr. 61  
Annahme auch bei Frau M. Schroth, Karlriedrichstraße 75 II.

**ZEITUNGS-Inferate**  
bringen mehr als Sie erwarten, wenn sie zweckmäßig und zugkräftig abgefaßt sind, und kosten weniger als jede andere Reklame.  
Hochprozentig  
Drogerie Kromer  
Drogerie Reichelt  
M. Brenneselgasse 2, 40  
L. 65  
Hochprozentig  
Drogerie Kromer  
Drogerie Reichelt  
M. Brenneselgasse 2, 40  
L. 65  
Hochprozentig  
Drogerie Kromer  
Drogerie Reichelt  
M. Brenneselgasse 2, 40  
L. 65

**Ämtliche Bekanntmachungen**  
Maul- und Klauenseuche in Forstheim.  
Nachdem die Abtötung der Maul- und Klauenseuche bei den Tieren des Forstheim in Forstheim festgestellt und die Desinfektion des Stalles abgeschlossen worden ist, wird die unter dem 17. 8. und 19. 8. 1931 angeordnete Sperre auf das Gebiet des Forstheim in Forstheim befristet. Die Gemeinde Forstheim wird als Beobachtungsgebiet erklärt. Für die Bestimmungen der §§ 105—107 der Ausführungsverordnungen zum Viehseuchengesetz, die für die übrigen Gemeinden im Umkreise von 15 km. angedeuteten Verbote und Nutzungsbeschränkungen werden hiermit aufgehoben.  
Emmendingen, den 9. September 1931.  
3913  
Fab. Bezirksamt.

**Breisgauer Familienkalender für das Jahr 1932**  
Verkaufspreis nur 40 Pfennig  
ist joeben erschienen  
Zu beziehen durch unsere Zeitungsagenten oder direkt vom Verlag der „Breisgauer Nachrichten“, Emmendingen, Karlriedrichstraße 11

**Die Bande der Wölfe**  
Sensationsdrama aus der Unterwelt von Los Angeles  
3910  
Heute 8.15 Uhr letzte Vorstellung

**KAFFEE MAG SCHONT**  
IHK HERZ  
Stets frisch bei:  
3306  
**W. Reichelt**  
Kolonialwaren — Feinkost  
Emmendingen / Marktplatz

**Zentral-Theater EMMENDINGEN**  
Zwei Sensations-Schlager  
Der packendste u. meistgesehene Detektivroman von Edgar Wallace als Tonfilm

**Zinker**  
FREI NACH EDGAR WALLACE  
Ein Film, der bis zum letzten Meter den Beschauer in Atem hält!  
A u ß e r d e m:  
**Die Bande der Wölfe**  
Sensationsdrama aus der Unterwelt von Los Angeles  
3910  
Heute 8.15 Uhr letzte Vorstellung

Dienstag, 15., Mittwoch, 16. Sept., 8.15 Uhr  
Das beliebte STUMMFILM-Programm  
Wilhelm Dieterle in  
**Das Schweigen im Walde**  
Nach dem bekannten gleichnamigen Roman von Ludwig Ganghofer  
Hierzu:  
Eddie Polo  
Halbe Preisel! Auf eine Karte haben zwei Personen Zutritt!

**Gehelmpolizisten**  
Halbe Preisel! Auf eine Karte haben zwei Personen Zutritt!

**Kranke und Ungeheilte**  
Lüchen Rat und Hilfe in  
**Möhringer's Heilanstalt**  
Freiburg i. Br. Wäfenstr. 10  
Unsere Heilerfolge sind nachweisbar und unwiderlegbar.  
1931  
Erstes und ältestes Großbestrahlungsanstalt.

# Wie stehtes um die Reichsfinanzen?

5. D. Nie zuvor sind die Aufgaben der Finanzpolitik schwieriger gewesen als in diesem Jahre. Auf der Einnahmeseite sowohl wie auf der Ausgabenseite der öffentlichen Finanzwirtschaft sind wiederholt außerordentlich tief einschneidende Maßnahmen notwendig geworden, um dem Ansturm der allgemeinen Wirtschaftskrisis zu begegnen und drohende Gefahren zu bannen. Erinnert sei vor allem an die Vorkehrungen, die im Juli ds. Js. getroffen wurden, um die akute Notlage der öffentlichen Kassen — sie war eine Folge der Kredit- und Zahlungsmittelverknappungen u. der bekannterweise völlig unbegründeten Anleihe in weiten Teilen unseres Volkes — zu beheben. Sie haben insgesamt ihre Wirkung nicht verfehlt.

Wie wird sich nun die Finanzlage des Reiches weiter entwickeln? Diese Frage ist von allgemeinem und aktuellstem Interesse. Einige Anhaltspunkte für ihre Beantwortung sind heute bereits gegeben.  
Man wird dabei insbesondere von der Feststellung ausgehen haben: Der Reichsstaat 1931 ist bereits unter Beachtung großer Sparmaßnahmen aufgestellt worden. Er schließt im ordentlichen Haushalt in der auf Grund der Notverordnung vom 5. Juni ds. Js. befristeten Fassung in Ausgabe und Einnahme mit einem Betrage von rund 10,3 Milliarden RM ab. Das sind über 1 Milliarde weniger als im Vorjahr. Dieser Abbau der Ausgaben wurde erzielt, obwohl an zusätzlichen Einnahmen infolge der Arbeitslosigkeit rund 445 Millionen RM eingekehrt werden mußten.  
Zwei Probleme sind es nun, die für die zukünftige Entwicklung des Reichshaushalts von entscheidender Bedeutung sind. Werden

die im Haushaltsplan auf rund 9 Milliarden RM geschätzten Einnahmen an Steuern und Zinsen auch tatsächlich eingebracht? Und weiter: Wird die Ausgabenwirtschaft des Reiches durch besondere Maßnahmen und weitere Auswirkungen der Krise stärker betroffen, als es im Haushaltsplan angenommen wurde? Es ist sicherlich nicht von der Hand zu weisen, daß im Vergleich zum Haushaltsplan möglicherweise Mindereinnahmen und Mehrausgaben eintreten können. Demgegenüber ist jedoch zu berücksichtigen, daß das Reich bereits seit Juli ds. Js. seine jährlichen Ausgaben auf schärfste gedrosselt hat, daß dadurch ein Teil der im Etat eingestellten Ausgabenmittel ersparnisreich eingepart werden und damit der Defizitlast etwas entlastet werden kann. Außerdem wird nach den bisherigen Ankündigungen der Reichsregierung ein weiteres Sparprogramm für das Reich vorbereitet. Schließlich ist dem Reich noch in diesem Jahre die im Haushaltsplan noch nicht berücksichtigten Einsparungen bei den Reparationen zur Verfügung — eine Folge des Hoover-Planes. Sie belaufen sich für die Zeit vom 1. Juli 1931 bis 31. März 1932 ohne Berücksichtigung der bei der Reichsbahn eingetretenen Ersparnisse auf rund 700 Millionen RM. Man kann sich vorstellen, daß diese Ersparnisse über das Thema „Wirtschaftskrisis und öffentliche Finanzen“ berichtet werden können über die hier skizzierten Zusammenhänge — der Reichshaushalt, sofern nicht besonders unangünstige Verhältnisse eintreten, mit keinem Restbetrag abschließen, sondern noch Raum schaffen für eine allgemeine Konsolidierung der Finanzlage.

Reichsregierung unter Hinweis auf die durch das französische Einfuhrverbot für Holz neuerdings verschärfte Notlage des deutschen Waldbesitzes den Verwendungszweck für Papierholz und die bevorzugte Verwendung einheimischen Holzes für öffentliche und mit öffentlichen Mitteln unterstützte Bauten zu fördern. Weiter verlangt der Verband eine Erhöhung der Holzpreise, die Einführung von Einfuhrsteuern für Holz und eine Reihe von Tarifmaßnahmen bei der Deutschen Reichsbahn.

**Der Stand der Devaheim G.m.b.H.**  
W.B. Berlin, 11. Sept. Der Schuldbund d. Devaheim-Gläubiger hielt eine Versammlung ab. Von den geladenen rund 10 000 Gläubigern waren noch nicht 1000 erschienen. Der Kontorsverwalter schilderte den Zusammenbruch des Devaheim-Konzerns. Daran schloß sich die Gläubiger versammlung mit einer Konsumsteuer und Nebenbezüge dürfen insoweit in der vorliegenden großen Gruppen Beträge zwischen 2 und 8000 RM nicht übersteigen.  
In der Aussprache wurde darauf hingewiesen, daß die Gläubiger nicht mit einem so katastrophalen Ergebnis gerechnet hätten, wie es der Kontorsverwalter heute vorgetragen habe und das für die Sparrer geradezu in Todesurteil bedeute. Die Innere Million und die evangelische Kirche, die mit 500 Millionen an dem Zusammenbruch, hätten die Pflicht zu helfen. Man wolle 100prozentige Auszahlung. Geradezu furchtbar sei es, daß die Kreise der evangelischen Kirche bis jetzt noch nicht geholfen hätten, obwohl schon im Mai die Zahlungen eingestellt worden seien.



Ein Stadtdor als Jugendherberge.

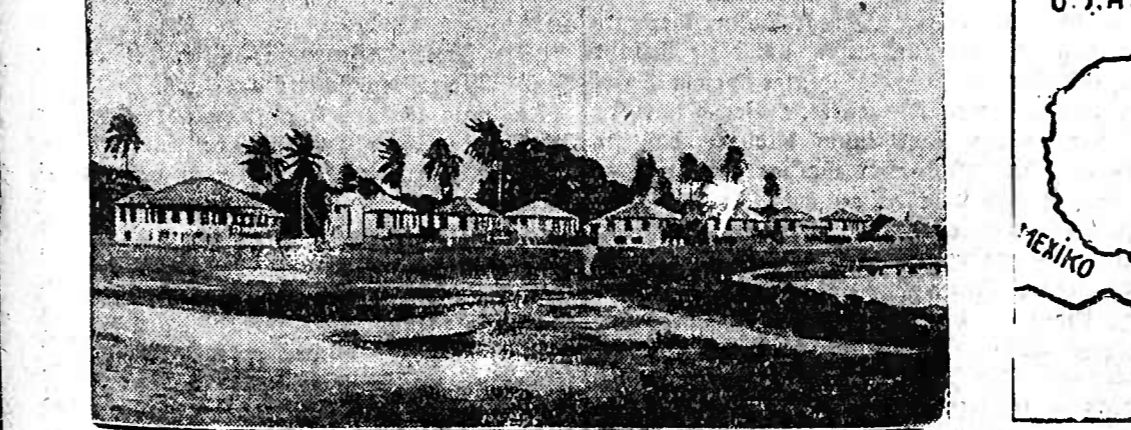
# Caldreuth über den Existenzkampf der Landwirtschaft

W.B. Regensburg, 11. Sept. Der Vorsitzende des Reichslandbundes, Graf Caldreuth, sprach in Regensburg vor einer überfüllten Versammlung von Landwirten über das Thema: „Der Existenzkampf der Landwirtschaft“. Graf Caldreuth erklärte u. a., man dürfe nicht etwa glauben, daß, wenn eine andere Regierung in Deutschland ans Ruder käme, plötzlich alle Not behoben wäre. Aber man müsse hoffen, daß wir endlich eine Regierung bekommen, die zur Tat schreite. Gegenwärtig werde die deutsche Landwirtschaft von zwei Mächten zermahlen. Das seien einerseits die hohen Lasten und Zinsen, an der anderen Seite die unbefriedigenden Preise für landwirtschaftliche Produkte. Es sei ausgeschlossen, daß die Landwirtschaft unter diesen Umständen weiter existieren könne. Die Getreidepreise in Deutschland lägen zwar über den Weltmarktpreisen; aber die Produktionskosten in Deutschland seien ganz anders als im Ausland. Nach außen hin müßte eine noch härtere Zollpolitik und im Innern eine härtere Regelung von Nachfrage und Angebot getroffen werden. Auf dem Gebiet der Getreidepreise habe die Reichsregierung ihre Schuldigkeit getan. Aber auf dem Gebiet der Veredelungswirtschaft sei noch viel zu leisten. Heute habe es die Regierung in der

# Aus der preußischen Notverordnung

W.D. Berlin, 11. Sept. Der Deutsche Bauernbund bringt Angaben über die neue preußische Sparnotverordnung. Wenn auch die Einzelheiten nicht als aufschlußreich zu betrachten sind und sich noch im Stadium der Vorverhandlungen befinden, so kann bereits folgendes als feststehend angesehen werden: Die Notverordnung wird bei allen Sachausgaben starke Kürzungen vorsehen. Ein interessantes Kapitel bildet die Neuorganisation der Bürgermeistereiämter. Hiernach darf das

# Die Sturmkatastrophe in Belize



Die Hauptstadt von Britisch-Honduras, Belize.



Karte der von dem Orkan heimgelesenen Gebiete; durch Punktierung sind die betroffenen Landstriche besonders gekennzeichnet.

W.B. Miami, 12. Sept. Nach einer Meldung aus Belize (Britisch-Honduras) ist der Seelagerungsstand verhängt worden, um Wanderungen zu verhindern. Mehrere Schiffe, die sich im Hafen bzw. in der Nähe des Hafens befanden, gingen bei dem Sturm mit Mann und Maus unter. Kein einziges Schiff in Belize ist unversehrt geblieben. Die Stadt, die im ganzen 18 000 Einwohner zählte, begräbt heute ihre Toten und pflegt

die hundert von Verlehen, die durch den Sturm zu Schaden kamen. Aus den Trümmern werden immer noch Leiden geborgen. Man hat eine öffentliche Lebensmittellieferung ins Leben gerufen. Mehrere Schiffe sind bereits zur Hilfeleistung im Hafen eingetroffen, andere befinden sich noch unterwegs. Da alle Seemannsbeden der Wasserleitung zerstört sind, gibt es kein Süßwasser in der Stadt, so daß man auf Regenwasser angewiesen ist.  
700 Todesopfer der mittelamerikanischen Sturmkatastrophe.  
W.B. New York, 12. Sept. Die Funktionäre der Panamerican Airways Co. melden, daß bei der Sturmkatastrophe nach den letzten Schätzungen insgesamt 700 Menschen ums Leben gekommen sind.

# Ein Hirtenbrief des Freiburger Erzbischofs

über die wirtschaftlichen Nöte anderer Zeit.  
W.B. Freiburg, 13. Sept. In den Kirchen der Erzdiözese Freiburg wurde heute ein Hirtenbrief des Erzbischofs Dr. Carl Fritsch verlesen, der sich mit den wirtschaftlichen Nöten unserer Zeit befaßt und zur tätigen Mitarbeit für die Notleidenden aufruft.  
In dem Hirtenbrief führt Erzbischof Dr. Carl Fritsch aus, welche Gefahren in den ärmlichen Sorgen und in der großen Arbeitslosigkeit liegen. Das mußlose Hehen und Schelten über die Verhältnisse verhärtet allmählich die Gemüter und mache die erbarmende Liebe schwinden. Singu komme, daß eine gewisse Aufregung der Bedrückten die Lage noch schwieriger mache und geradezu gefährlich gestalten könne. Es seien Kräfte am Werk, die mit allen Mitteln suchten, die Notleidenden und Anzurückenden gegen die ansiehenden oder wirklich Hilfeleistenden, gegen Dürftige, Staat, Kirche, sogar gegen Gott und Religion aufzuföhren. Reider hätten wir durch unkluge Ueberbescheidenheit und durch das unrettele Geschäftsgefahren gewisser Unternehmungen, mancherorts auch durch leichtfertige und verschwenderische Lebenshaltung das Vertrauen des Auslandes zum Teil verloren. Der Erzbischof fragt dann: Haben nicht auch manche unter uns Aufwendungen gemacht, die unnötig waren? Sind nicht Gesellschaften, Gemeinden und Städte im Aufwand für Prachtbauten, festliche Veranstaltungen usw. zu weit gegangen? Ist nicht viel Geld für Bedürfnisse unnötig ins Ausland gewandert, die entweder nicht dringlich waren oder auch im Inland hätten befriedigt werden können? Der Erzbischof mahnt, sich die Frage vorzulegen, was jeder zu leisten habe, und dem Herrn zu dienen, sich als Lebensgrundlage zu machen. Es müßten doch endlich die in den Großstädten führenden Persönlichkeiten in Industrie, Handel und Politik zu ernster Beratung darüber sich zusammenfinden, wie die Kräfte von heute gemildert und allmählich besänftigt werden kann, Mit solchen, die über alles aburteilen, gegen die verantwortlichen Männer im Staat, Reich und Kirche gehen, die die übergroße Aufgabe der wirtschaftlichen Besserung aber selbst nicht zu meistern vermögen, wollen wir eine Gemeinschaft nicht haben. Tüchtige Hilfe sei Christenpflicht. Deshalb rufe der Erzbischof zum Gehilf auf, durch Einfachheit in der Lebensweise und Sparsamkeit für die notleidenden Mitbürger möglichst viel zu erlöbigen zu suchen.

